

## EINWOHNERRAT

### Protokoll

der 12. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2012-2016)

---

Sitzungsdatum: 11. September 2013  
 Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil  
 Sitzungsdauer: 18:00 – 20.55 Uhr

---

Präsenz  
 Einwohnerrat: Vorsitz Andreas Bammatter, Präsident Einwohnerrat  
 Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Nicole Nüssli-Kaiser, Vizepräsidentin  
 Christoph Morat  
 Franziska Pausa  
 Robert Vogt  
 Arnold Julier  
 Thomas Pfaff

Gemeindeverwaltung: Michael Preisig, Volontär Rechtsdienst

Gäste:

Entschuldigt: Sandra Steiner, Gemeindeverwalterin (Ferien), Ruedy Breitenstein,  
 Beatrice Hecklin, Lukas Mussler, Barbara Selinger, Semra Wagner

Abwesend:

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 34 Anwesende = 23  
 19.00 Uhr 35 Anwesende = 24

---

### Bereinigte Traktandenliste

1. Bericht des Gemeinderates vom 05.06.2013, sowie Bericht der Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen, vom 19.08.2013, betreffend **Bau- und Strassenlinienplan Linksufriges Bachgrabengebiet, Mutation Kreuzstrasse, Kiesstrasse, Lachenstrasse**  
 Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4141 / A
  2. Bericht des Gemeinderates vom 21.08.2013, betreffend **Vertrag mit den IWB betreffend die Durchleitung von Trinkwasser**  
 Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4145
  3. Bericht des Gemeinderates vom 03.07.2013, betreffend **Abrechnung über den Verpflichtungskredit in der Höhe von CHF 2'960.000.00 inkl. MWST für die Erstellung eines Feuerwehrmagazins am Baselmattweg (Parzelle A 368)**  
 Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 3766B
-

4. Bericht des Gemeinderates vom 07.08.2013, betreffend  
**Quartierplanung „In den Lachen“, Mutation 3 zum Quartierplan-Reglement**  
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat  
4146  
Geschäft
5. Bericht des Gemeinderates vom 28.08.2013, betreffend  
**Sondervorlage Einführung ICT an Kindergärten und Primarschulen Allschwil**  
Geschäftsvertretung: GR Franziska Pausa  
4147  
Geschäft
6. Bericht des Gemeinderates vom 21.08.2013, betreffend **Anpassung der  
Steuerungsinstrumente Teilprojektauftrag der Kosten-/Leistungsrechnung**  
Geschäftsvertretung: VP Nicole Nüssli  
3895D  
Geschäft
7. Bericht des Gemeinderates vom 07.05.2013, betreffend  
**Strategische Entwicklungs- und Massnahmenplanung 2013 – 2018**  
Geschäftsvertretung: VP Nicole Nüssli  
Geschäft 4128
8. Bericht des Gemeinderates vom 21.08.2013, zum Postulat von Susan Vogt,  
FDP, vom 05.09.2012, betreffend **Wahlhilfe für stimmberechtigte  
Jugendliche und junge Erwachsene**  
Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff  
Geschäft 4091 / A
9. Postulat von Franz Vogt und Evelyne Roth, CVP-Fraktion, vom 23.01.2013,  
betreffend **Verlängerung der Buslinie 38 von Allschwil zum Bahnhof SBB**  
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme  
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt  
Geschäft 4122
10. Postulat von Julia Gosteli, Patrick Lautenschlager und Rita Urscheler, Grüne,  
vom 18.04.2012, betreffend **Neuerwerbungen von Maschinen und Geräten**  
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme  
Geschäftsvertretung: VP Nicole Nüssli  
Geschäft 4069
11. Postulat von Bruno Gadola, SP-Fraktion, vom 16.01.2013, betreffend  
**Armutsbericht**  
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme  
Geschäftsvertretung: GR Arnold Julier  
Geschäft 4118
12. Postulat von Bruno Gadola, SP-Fraktion, vom 22.04.2013, betreffend  
**Wohnen für alle – Wohnungsbau nach dem Prinzip der Kostenmiete**  
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme  
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat  
Geschäft 4137
13. Postulat von Stephan Wolf, Philippe Hofmann, Kurt Kneier, Evelyne Roth,  
Peter Brack, Philippe Adam, Rolf Adam und Franz Vogt, CVP-Fraktion,  
vom 24.04.2013, betreffend **Umgestaltung Baslerstrasse**  
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme  
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt  
Geschäft 4138
14. Postulat von Franz Vogt, Evelyne Roth, Kurt Kneier, Philippe Hofmann, Rolf Adam,  
Philippe Adam, Stephan Wolf und Peter Brack, CVP-Fraktion, vom 22.05.2013,  
betreffend **Veloweg Oberwilerstrasse Langholz bis Allschwil Dorf**  
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme  
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt  
Geschäft 4143

**Nach der Pause:**

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES
  - FRAGESTUNDE
- 
-

**Für das Protokoll:**

Marianne Eggenberger / Nicole Müller, Sekretariat Einwohnerrat

---

**Einwohnerratsprotokoll Nr. 12 vom 11. September 2013**

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Der Präsident des  
Einwohnerrates Allschwil**

Andreas Bammatter

---

**Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten**

**Andreas Bammatter**, Präsident: Ich begrüsse Sie herzlich zu meiner ersten Sitzung nach der Sommerpause. Ich hoffe, Sie hatten alle einen guten Sommer. Sie sind wahrscheinlich bereits in Kommissionen, Behörden und Gemeinderatssitzungen im politischen Alltag angekommen. Ich nutze die Gelegenheit bei der ersten Sitzung ein paar allgemeine Worte an uns zu richten. Wir kommen in der Regel einmal pro Monat hier zusammen und versuchen Lösungen zu Projekten und Herausforderungen, auch Vorschläge, zu suchen und einen guten Entscheid zu treffen. Das bedeutet, dass wir uns jeweils zur richtigen Zeit melden und einander zuhören sollten. Dies wiederum ist abhängig vom Prozess, wo wir grad stehen hier drin. So gibt es im politischen Zusammensein seit mehreren Generationen Regeln, womit wir den Ablauf vereinfachen. Es gibt die Regierung und den Gemeinderat, und dann wir als Gesetzgeber, der Einwohnerrat. Wir beide haben politische Instrumente, welche helfen, damit wir am Schluss eines Traktandums abstimmen können, um dies nachher umzusetzen oder allenfalls vors Volk zu bringen. Wir kennen diese Regeln, oder wissen mindestens, wo man sie nachlesen kann, damit wir alle richtig das Richtige machen, effektiv und effizient. Also wünsche ich mir, wie ich dies auch bereits mit meinen Bürokolleginnen und –kollegen besprochen habe, und euch in den Unterlagen ausgehändigt habe, dass wir näher an der Sache sind. Hart in der Verhandlung, aber fair im Umgang. Darum steht hier auch eine Bank in der Mitte, wo man sich ab und zu treffen, hinsetzen und ausruhen kann, oder miteinander die Sachen besprechen kann. Das Bänkli kann man später in Allschwil eventuell noch öffentlich sehen. Sie haben bemerkt, dass Sie ein Schokoladenherz erhalten haben, mit der Aufschrift Allschwiler Herzen. Es ist ein Geschenk der Landratspräsidentin Marianne Hollinger, welche uns im Landrat eine Freude machen wollte mit einem Gruss aus Aesch. Der Hersteller hat an uns gedacht, und so können wir hier profitieren. Es hat noch ein paar drin, weil wir im Landrat 90 sind. Wer also noch eines möchte, kann nochmals nachtanken. Ich danke der Landratspräsidentin für ihren spontanen Besuch auf diesem Weg. Wir hatten letztes Jahr Jürg Degen hier zu Besuch. Ich freue mich, zusammen mit meinen Bürokolleginnen und –kollegen auf ein fruchtbares Zusammenarbeiten und starte jetzt offiziell die Einwohnerratssitzung.

**[Entschuldigungen/Präsenz siehe Protokolleingang]**

---

Wir kommen zu den dringenden Vorstössen. Ich habe einen Vorstoss, eine dringliche Motion der BDP-Fraktion.

**Thomas Pfaff**, Gemeinderat: Zum dringlichen Verfahrenspostulat, welches zur dringlichen Motion geworden ist, möchte ich Ihnen mitteilen, dass der Gemeinderat die Dringlichkeit begrüsst.

**Nedim Ulusoy**, GLP/BDP-Fraktion: Ich möchte mich beim Gemeinderat bedanken, dass er die Dringlichkeit begrüsst. Ich bedanke mich auch für die Korrektur, die Umwandlung in eine Motion. Wir waren uns unsicher, was das richtige Instrument ist. Sie haben jetzt eine korrigierte Version vor sich. Ich spreche zum Thema als Ganzes, weil es schwierig ist die Dringlichkeit und das Thema auseinander zu nehmen, dafür melde ich mich nachher nicht mehr. Allen Politikerinnen und Politikern hier drin ist bekannt, um was das es geht. Wir haben ein paar aussenstehende Personen, Zuschauerinnen und Zuschauer und die Damen und Herren von der Presse, welche den Hintergrund vielleicht nicht so gut kennen, darum ein paar Worte zum Hintergrund. Die Gemeinde Allschwil stellt vor den Wahlen und Abstimmungen interessierten Parteien gratis Plakatflächen zur Verfügung. Insgesamt sind es über 100 Flächen, diese werden gleichmässig auf alle interessierten Parteien verteilt. Ich habe im Internet geschaut, was es kosten würde, wenn die Parteien dies selber finanzieren müssten. Wir müssten mit rund CHF 10'000 oder mehr pro Partei rechnen, wenn man es über private Firmen organisieren würde.

**Andreas Bammatter**, Präsident: Herr Ulusoy, ich danke Ihnen für Ihre Ausführungen. Wir sind beim Eintreten, ob es dringlich ist oder nicht. Das müssen Sie bitte respektieren. Warum ist es dringlich, weshalb müssen wir es heute behandeln.

**Nedim Ulusoy**, GLP/BDP-Fraktion: Ich finde es sinnlos, wenn ich sage, dass es dringlich ist, und erst zu einem späteren Zeitpunkt zum Inhalt des Postulats rede. Ich habe bereits in meinem Eingangsvotum gesagt, dass ich es nicht trennen möchte.

**Andreas Bammatter**, Präsident: Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass das Reglement anders ist. Wir stimmen über die Dringlichkeit ab, und nicht über den Inhalt, auch wenn Sie das wünschen.

**Nedim Ulusoy**, GP/BDP-Fraktion: Das ist sehr intolerant, ein sehr guter Start des Einwohnerratspräsidenten. Die Dringlichkeit ist mit dem Inhalt eng verbunden. Es geht um die aktuellen Gemeinderatswahlen, wir sind mitten in den Wahlen. Es wird einen zweiten Wahlgang geben, es sind gewisse Sachen gelaufen, die in meinen Augen nicht ganz sauber sind. Wir möchten, dass es für den zweiten Wahlgang korrigiert wird. Es ist in einer Richtlinie geregelt, wie es ablaufen soll, dort gibt es Lücken. Wir schlagen darum vor, dass wir die Richtlinien anpassen für den zweiten Wahlgang. Es wird im zweiten Wahlgang so sein, dass voraussichtlich ein paar Parteien ihre Kandidatur zurückziehen. Es wird Parteien geben, welche keinen Kandidat haben. Es könnte sein, dass dann das gleiche Spiel nochmals läuft. Die gleichen Parteien probieren, ihre Plakatflächen anderen Parteien zur Verfügung zu stellen. Das möchten wir vermeiden und darum möchten wir die Richtlinien bereits vor dem zweiten Wahlgang anpassen. Aus diesem Grund bitten wir Sie um die Gutheissung der Dringlichkeit. Um Transparenz zu schaffen, beantragen wir eine namentliche Abstimmung zur Dringlichkeit.

**Kathrin Gürtler**, FDP-Fraktion: Ich rede zur Dringlichkeit, und zwar weshalb für die FDP-Fraktion die Dringlichkeit nicht gegeben ist. Wir arbeiten seit Jahren mit diesem Reglement, es hat sich ein Usus gebildet, die ganze Frage können die Parteipräsidenten unter sich besprechen, bevor wir aktiv werden. Es ist immer schlecht, wenn man im laufenden Wahlkampf die Regeln ändert.

**Jacqueline Misslin**, GLP/BDP-Fraktion: Ich äussere mich bewusst nicht zur laufenden Wahl, aber ich möchte Ihnen als Präsidentin des Wahlbüros ein paar Inputs bringen. Ich habe annähernd zehn Telefonate erhalten an dem Tag, als die Plakate aufgehängt wurden. Ich gehe hier nicht weiter darauf

ein, ich habe allen gesagt, dass sie sich an Nicole Nüssli wenden sollen, weil sie nach Anton Lauber diejenige ist, welche Reklamationen entgegennehmen kann, ich habe bewusst keine entgegengenommen. Ich erachte die Dringlichkeit so, dass wir unseren Wählerinnen und Wählern und Steuerzahlern Respekt zollen müssen. Ich erbringe Verständnis dafür, wenn es für den zweiten Wahlgang nicht reicht. Wir sollten es mindestens probieren, dass wir bei der Gemeinderatspräsidiums-Abstimmung eine saubere Sache haben. Ich möchte an Ihr Gewissen appellieren, ich muss das hier trotzdem sagen, solche Wahlplakate sind eine Beeinflussung der Wähler und es geht in Richtung Wahlmanipulation.

**Armin Bieri**, SP-Fraktion: Wir von der SP-Fraktion können uns der FDP anschliessen und sehen die Dringlichkeit nicht gegeben. Es ist extrem schlecht, während eines Wahlkampfes die Regeln zu ändern. Ich kann nachvollziehen, dass sich einige Leute daran stossen. Die Frage ist, ob es unser Fehler ist, wenn wir das Reglement richtig lesen und die anderen es nicht für nötig halten. Es wäre sinnvoll, wenn wir unter den Parteipräsidenten und –präsidentinnen und den entsprechenden Parteileuten ein Gentlemen's Agreement treffen würden für den zweiten Wahlgang, nämlich dass es einen Aushang pro Person gibt. Ich denke, es lässt sich auch auf diesem Niveau regeln. Ich gehe davon aus, dass wir alle vernünftige Leute sind, wo ein Wort noch etwas gilt. Wenn wir dies untereinander so abmachen, Parteipräsidien und Fraktionspräsidien, dann verhebt dies für den zweiten Wahlgang und auch für den Präsidentenwahlgang.

**Stephan Wolf**, CVP-Fraktion: Persönlich bin ich der Meinung, dass wir jetzt unbedingt schauen müssen, dass die Kirche im Dorf bleibt. Eine Reglementsänderung, welche letztendlich nichts anderes als eine Gesetzesänderung ist, kann man nicht im Hopplahopp-Verfahren machen. Das braucht ein ordentliches Verfahren, es muss wohl überlegt sein. Ich fände es sehr ungeschickt, nur weil jetzt grad der Wahlkampf am laufen ist, wir dies jetzt schnell ändern, nur weil gewissen Leuten die Anzahl der Plakate nicht passt. Ich selber bin davon überzeugt, dass der Wähler mündig genug ist, und seinen Entscheid nicht anhand der Anzahl Wahlplakate trifft. Ich glaube nicht, dass dies jemand ernsthaft nachzählt von den Wählern. Wenn heute mit einem fairen Wahlkampf argumentiert wird, dann müssen gewisse Leserbriefe im Allschwiler Wochenblatt des Motionärs ernsthaft hinterfragt werden.

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass der Inhalt richtig und sinnvoll ist. Wir sind auch der Meinung, dass die Dringlichkeit nicht gegeben ist, weil wir aufgrund der laufenden Wahl nicht ins Wahlgesehehen eingreifen wollen. Nach der Wahl kann man darüber gerne diskutieren und wir haben dafür ein offenes Ohr. Meinem Vorredner möchte ich mich anschliessen betreffend der Fairness. Diese existiert bei mehreren Punkten nicht, da sollten die Parteipräsidenten zusammensitzen und über allgemeine Sachen diskutieren, um zu schauen, dass wir dies beim zweiten Wahlgang nicht mehr haben.

**Roland Naef**, parteilos: Meine Meinung habe ich allen per Mail bereits mitgeteilt, ich möchte nur noch etwas ergänzen. Ich habe dies seinerzeit als FDP-Präsident auch gemacht, nur hat es dort niemand bemerkt. Das war bei den Regierungsratswahlen, als ein SVP-Kandidat gewählt wurde. Bevor wir dies im Reglement ändern, sollten sich alle Parteien an die Abmachung halten, welche wir seinerzeit in der Beiz abgemacht haben, wo man Plakate aufhängt, ab wann und wie das ganze sein soll.

**Nedim Ulusoy**, GLP/BDP-Fraktion: Ich bin ein bisschen überrascht. Es ist ein Zug, der auf ein Hindernis zufährt und wir sagen, dass wir nichts an der Geschwindigkeit ändern wollen und auch nicht das Gleis wechseln wollen, weil wir ja bereits fahren. Ich sehe es nicht als grossen Eingriff in die Wahlen, wenn man es zwischen den beiden Wahlgängen ändern würde. Wir haben Wahlen, es sind nicht nur Parteien betroffen, es hat auch parteilose Leute dabei, es ist nicht nur Sache der Parteipräsidenten. Es ist etwas, das übergeordnet angeschaut werden muss, nicht nur aus Sicht der Parteien. Es geht bei den Wahlen eben nicht um die Partei, sondern um die Kandidierenden. Ich bin nach wie vor der Meinung, dass wir diese Motion dringliche überweisen sollten.

**Thomas Pfaff**, Gemeinderat: Nedim Ulusoy hat etwas gesagt, was ich auch sagen wollte. Von unserer Seite her haben wir bereits vor zwei Wochen den Anstoss gemacht. Ich habe sämtliche jetzigen Kandidierenden angeschrieben in der Annahme, dass es keine zusätzlichen Kandidaten

geben wird im zweiten Wahlgang, und sie gebeten ein Gentlemen's Agreement zu treffen, so wie das die Parteien auch gemacht haben. Das Beispiel mit dem Aushang wurde erwähnt, wann fängt man damit an. Das Problem ist, wir reden nicht nur von Parteien, sondern auch von Parteilosen, welche hier teilnehmen dürfen. Dem Gemeinderat ist es ein Anliegen, dass nachher nicht die Verwaltung Schuld ist oder der Gesamtgemeinderat oder der zuständige Gemeinderat, wenn die Plakatverteilung nicht so ist, wie man es gerne gehabt hätte, aber wie es nicht in der Regelung festgehalten ist. Die Plakatverteilung ist korrekt erfolgt gemäss den Bestimmungen, die damals der Einwohnerrat und der Gemeinderat erlassen haben 2003. Bei einer Wahl wäre es wünschenswert, wenn jeder Kandidat die gleichen Chancen hätte. In den letzten zwei Wochen hat das Gentlemen's Agreement nicht stattgefunden, und die Parteien haben dies bis jetzt nicht geregelt. Der Gemeinderat würde darum nun die Gelegenheit wahrnehmen und auf die Dringlichkeit eingehen, damit wir nachher bereits eine Lösung verabschieden können im Hinblick auf den zweiten Wahlgang. Wenn wir heute auf die Dringlichkeit eingehen, dann bedeutet dies nicht, dass wir heute bereits etwas beschliessen, sondern wir beschliessen nur die Überweisung heute. Aufgrund einer Überweisung wird der Gemeinderat nachher einen neuen Vorschlag ausschaffen, Ihnen präsentieren und dann können Sie diesen verabschieden. Dann passiert vielleicht das, was Frau Misslin vorgeschlagen hat, nämlich dass wir bereits eine fixe Lösung im Hinblick auf die kommenden Wahlgänge haben. Dies sind die Überlegungen, weshalb der Gemeinderat Ihnen empfiehlt die Dringlichkeit anzunehmen.

**Jean-Jacques Winter**, SP-Fraktion: Ich bin absolut gegen die Dringlichkeit, denn es ist gar nicht möglich dies auf den zweiten Wahlgang umzusetzen. Thomas Pfaff: nicht der Gemeinderat, sondern die Reglementscommission würde das Reglement anschauen. Besser wäre es, dies mit den Parteipräsidenten zu machen. Ich nehme den Wisch gerne zu mir und werde Partei- und Fraktionspräsidenten zu diesem Thema einladen. Nedim: Ich habe den Verdacht, dass du nicht mehr grün bist, das ist der Grund. Wir haben die paar Tafeln gemeldet, wir haben uns überlegt, ob die SP noch mit einer Person kommt. Stellen wir uns vor, dass Andreas Bammatter oder ich gekommen wären, ernsthaft überlegt und am letzten Abend zurückgezogen, nur als Überlegung.

**Andreas Bammatter**, Präsident: Wir kommen zur Abstimmung, die Dringlichkeit ist bestritten. Es braucht ein Zweidrittelsmehr. Ist jemand gegen namentliche Abstimmung? Gut, dann machen wir eine namentliche Abstimmung. Wer für die Dringlichkeit ist, sagt Ja, wer dagegen ist, sagt Nein.

Namentliche Abstimmung:

Folgende Einwohnerratsmitglieder stimmen Ja: Misslin Jacqueline, Ulusoy Nedim

Folgende Einwohnerratsmitglieder stimmen Nein: Adam Philippe, Adam Rolf, Balsiger Sonjic Rahel, Bammatter Andreas, Benz Christoph, Bieri Armin, Bourgnon Jean-Claude, Brack Peter, Duperrex Claude, Gadola Bruno, Gruber Markus, Gürtler Kathrin, Hofmann Philippe, Imhof René, Keller Ueli, Kneubühler Patrick, Kneier Kurt, Maurer Simon, Meisel Maya, Morat Niklaus, Naef Roland, Roth Evelyne, Spiegel Florian, Tomek Stefan, Uccella-Klauser Pascale, Vogt Franz, Vogt Jürg, Vogt Susan, Werren Kienzler Daniela, Winter Jean-Jacques, Wolf Stephan, Zimmermann Simon

**Andreas Bammatter**, Präsident: Ich komme zum Resultat.

**://:**

Wir haben 2 Ja- und 32 Nein-Stimmen. Das Zweidrittelsmehr von 23 Stimmen wurde nicht erreicht.

Wir kommen zur Bereinigung der Traktandenliste.

**Thomas Pfaff**, Gemeinderat: Der Gemeinderat zieht das Geschäft 4091A, traktandiert bei Traktandum 8, zurück. Wir ziehen dies zurück, weil wir feststellen mussten, dass der Bericht fehlerhaft ist. Als der Bericht erarbeitet wurde vor den Sommerferien, haben wir diverse Preise eingeholt. Nach den Sommerferien mussten wir feststellen, dass die Auskünfte, welche wir erhalten haben, falsch

waren. Dafür entschuldigt sich unter anderem der Projektleiter, es wird ganz andere Preise geben. Während es im Frühling noch hiess, dass es kein Angebot für Baselland gibt, und beim Bestellen der Exemplare war plötzlich ein Baselbieter Exemplar vorhanden. Aus diesem Grund muss der Bericht nochmals überarbeitet werden und ein neues Fazit gezogen werden. Das Dokument wurde in der Zwischenzeit bereits überarbeitet und kommt nächste Woche in den Gemeinderat, sodass Sie bereits in einem Monat dies wieder im Einwohnerrat haben. Die Entscheidung bleibt weiterhin offen, ob Sie das per 2014 einführen möchte oder nicht. Wir verlieren nichts, wenn wir es heute nicht behandeln. Aus diesem Grund hat sich der Gemeinderat dafür entschieden, das Geschäft zurückzuziehen.

**Franz Vogt**, CVP-Fraktion: Ich beantrage, das Traktandum 13 von der Liste zu nehmen. Ich hätte gerne, dass vorher meine Interpellation zur Baslerstrasse, No. 4109, behandelt wird. Sie ist bereits auf der Liste, sie wäre im April behandelt worden. April ist nun doch vorbei und ich hätte gerne, dass diese Interpellation vorher beantwortet wird, und zwar in der nächsten Sitzung. Traktandum 13 wird dafür gestrichen und erst nach der Beantwortung der Interpellation wieder traktandiert.

**Susan Vogt**, FDP-Fraktion: Ich stelle den Gegenantrag und möchte, dass Traktandum 8 auf der Traktandenliste bleibt. Ich möchte, dass der Einwohnerrat darüber abstimmt.

**Robert Vogt**, Gemeinderat: Ich möchte zu Franz Vogt kurz Stellung nehmen. Traktandum 13, Postulat zur Baslerstrasse, hier wäre der Gemeinderat bereit, dies von der Liste zu streichen. Wir könnten dies auch in einer späteren Sitzung präsentieren.

**Andreas Bammatter**, Präsident: Gibt es weitere Wünsche zur Traktandenliste? Gut, dann debattieren wir zuerst über den Gegenantrag zu Traktandum 8. Das Büro hat dazu noch eine Mitteilung. Es gibt im Gemeindegesetz den Paragraphen 61, Absatz 3: Der Gemeinderat kann bei der Bereinigung des Geschäftsverzeichnisses ein Geschäft zurücknehmen, wenn wichtige Gründe dies erfordern. Die Frage ist, ob dies ein wichtiger Grund ist oder nicht. Wenn der Einwohnerrat den wichtigen Grund anerkennt, den Gemeinderat Pfaff gesagt hat, dann ist es abgesetzt. Wenn der Einwohnerrat dies bestreitet, dann braucht es das einfache Mehr und dann wird über das Traktandum abgestimmt, ob es abgesetzt wird oder nicht.

**Jean-Jacques Winter**, SP-Fraktion: Wenn der Gemeinderat sagt, dass die Vorlage Fehler hat, und er neue Daten hat, dann würden wir über etwas diskutieren, was offensichtlich in einem Monat richtig vorliegt. Ich korrigiere keine Rechnung, von der ich weiss, dass sie falsch ist, sondern ich warte bis sie richtig kommt.

**Susan Vogt**, FDP-Fraktion: Ich möchte nochmals darauf hinweisen, dass die nochmalige Abklärung durch die Verwaltung ein unnötiger Zeitaufwand und unnötige Kosten sind. Ich kann in wenigen Sätzen sagen, was hier falsch ist. Ich möchte nicht unterstellen, dass der Gemeinderat von Easyvote falsche Auskünfte erhalten hat, die Preise sind auch falsch. Dem kann ich nicht ganz folgen und für mich ist es wichtig, dass es jetzt vorwärts geht, wir haben bereits einen Jahrgang verpasst. Darum möchte ich, dass es auf der Traktandenliste bleibt.

**Stephan Wolf**, CVP-Fraktion: Ich kann mich dem Votum von Herrn Winter anschliessen. Wenn der Gemeinderat einräumt, dass Fehler in diesem Bericht drin sind, dann macht es keinen Sinn, dies heute zu behandeln. Auch wenn gesagt wird, dass man dies alles heute bereinigen könnte, bin ich Jurist und habe es gerne, wenn ich schriftliche Unterlagen habe.

**Nedim Ulusoy**, GLP/BDP-Fraktion: Ich weiss nicht, ob es der richtige Zeitpunkt ist, ich lasse mich gerne korrigieren. Ich habe noch das Anrecht, zum Postulat zu reden. Dies als Hinweis.

**Andreas Bammatter**, Präsident: Ich habe jetzt nicht verstanden, was Sie genau meinen.

---

**Nedim Ulusoy**, GLP/BDP-Fraktion: Ich wurde vorhin unterbrochen, als ich zum Postulat gesprochen habe. Wenn man eine Motion einreicht, dann hat man immer die Möglichkeit die Motion zu begründen.

**Andreas Bammatter**, Präsident: Sie möchten ein Rückkommen, damit Sie nochmals begründen können, weshalb Sie es eingereicht haben?

**Nedim Ulusoy**, GLP/BDP-Fraktion: Nein, ich wurde vorhin unterbrochen, ich durfte vorhin nicht zum Thema der Motion sprechen.

**Andreas Bammatter**, Präsident: Wir haben über die Dringlichkeit abgestimmt und es ging um die Dringlichkeit. Es ist nicht dringend, und jetzt möchte Sie nochmals etwas über das Einreichen sagen?

**Nedim Ulusoy**, GLP/BDP-Fraktion: Es ist immer so, wenn man eine Motion normal einreicht, dann habe ich als Motionär das Anrecht darauf, ein paar Worte zur Motion zu sagen. Dieses Recht habe auch ich. Ich bitte den Einwohnerratspräsident hier drin alle gleich zu behandeln. Ich bin vorhin persönlich angegriffen worden, der Einwohnerratspräsident hat es nicht für nötig gehalten, das Mikrofon abzustellen.

**Andreas Bammatter**, Präsident: Ich schlage vor, dass wir jetzt bei Traktandum 8 bleiben und ich gebe Ihnen die Gelegenheit nach der Pause und nach den Fragen nochmals darauf zurückzukommen. Ich wäre froh, wenn wir jetzt mit der Traktandenliste weiterfahren können. Das ist mein Angebot, dabei bleibe ich. Es geht darum, ob wir Traktandum 8 absetzen oder beibehalten. Es liegt Paragraph 61, Absatz 3 vor, und ein Gegenantrag, dass wir das Traktandum behalten. Wir stimmen nun darüber ab, ob Traktandum 8 abgesetzt wird oder nicht.

**://:**

Ich glaube, wir müssen nicht auf das Resultat warten, das Traktandum ist abgesetzt.

Der Gemeinderat ist bereit, das Traktandum 13 zurückzuziehen. Wir stimmen darüber ab.

**://:**

Gut, dann fahren wir weiter mit der Traktandenliste.

**Simon Zimmermann**, SVP-Fraktion: Ich mache es nicht gerne, aber dieses Mal muss ich Nedim Recht geben. Wir haben hier keinen Kuhhandel und machen es so, wie wir wollen oder nicht. Es ist so, dass man nachher dazu reden darf. Du hast ihm das Wort abgeklemmt, also muss du es jetzt nachholen, und nicht nach der Pause, sondern grad nach der Bereinigung. Es tut mir leid, aber es ist so. Ich wäre froh, wenn wir dies so machen, damit es rechtens ist.

**Andreas Bammatter**, Präsident: Es spielt keine Rolle, wann wir es machen, ich möchte einfach vermeiden, dass wir ständig hin und her gehen. Herr Ulusoy, ich entschuldige mich, dass ich dies nicht so wahrgenommen habe. Sie dürfen nun ein oder zwei Sätze sagen, weshalb Sie das eingereicht haben.

**Nedim Ulusoy**, GLP/BDP-Fraktion: Nein, nicht einen oder zwei Sätze, es gibt keine Mengenbeschränkung. Ich zitiere Paragraph 40 des Geschäftsreglements des Einwohnerrates, Behandlung von Motionen und Postulaten: Motionen und Postulate sind schriftlich und unterzeichnet der Präsidentin oder dem Präsidenten des Einwohnerrates vor der Sitzung einzureichen. Sie werden dem Rat sofort mitgeteilt und anschliessend mündlich begründet. Es geht um diese mündliche Begründung für diese Motion.



Ich habe ein paar Sachen, welche ich erwähnen möchte, ich wurde vorhin abgeklemt, ich hätte es in einem gemacht, das wäre einfacher gewesen. Jetzt sind es halt zwei Voten. Ein Plakataushang kostet CHF 10'000, das hat einen gewissen Wert. Kann man diesen Wert einfach weiterschieben? Ich wurde auch persönlich angegriffen worden, von wegen nicht mehr grün. Ich bin eher der Meinung, dass man hier nicht mehr ganz sozial ist. Ich bin erstaunt, dass Parteien, welche sich auf nationaler Ebene für soziale Gerechtigkeit einsetzen, keine Mühe hier haben, für die Wunschkandidaten ein grösseres Stück vom Kuchen abzuschneiden, das ist ein bisschen fragwürdig in meinen Augen. In den Zeitungen ist es so, dass allen der gleiche Platz eingeräumt wird, in den Fernsehinterviews werden die Minuten gezählt und jeder hat genau gleich viele Minuten zur Verfügung. Es wäre schön, wenn wir diese Fairness auch in Allschwil hätten, darum haben wir das Postulat eingereicht. Dass Plakate einen gewissen Einfluss auf das Abstimmungsverhalten haben, ist erwiesen, ansonsten müssten wir gar nicht darüber diskutieren, wer wie viele Plakate aufhängt. Die restlichen Punkte kann ich mir schenken, die kommen später.

01.030 Einwohnerrat

### **Traktandum 1**

Bericht des Gemeinderates vom 05.06.2013, sowie Bericht der Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen, vom 19.08.2013, betreffend Bau- und Strassenlinienplan Linksufriges Bachgrabengebiet, Mutation Kreuzstrasse, Kiesstrasse, Lachenstrasse  
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 4141 / A

---

**Armin Bieri**, VPK-Präsident: Es ist eine relativ einfache Vorlage. Es ging darum, die Bebauungsbegrenzung im neuen Innovationsgebiet, wie das jetzt heisst, das linksufrige Bachgrabengebiet zwischen Kreuzstrasse, Kiesstrasse und Lachenstrasse, den jetzigen Umständen anzupassen. Der Hegenheimerweg wird in einem nächsten Schritt verbreitert, dafür gehen vorne zwei bis drei Meter von diesem Bauland weg. Wir haben nachher als Kompensation vorgeschlagen, hinten die Kiesstrasse einen Meter näher an die Strasse zu bauen, dann bleibt der Landverlust mehr oder weniger identisch. Wir haben dies in einer Sitzung angeschaut. Jetzt sind alles Schrebergärten, da ist es kein Problem und kein Thema. Es wird ein Thema werden, wenn dort die ersten Projekte mit Industriebauten kommen. Es wurde grundsätzlich von niemandem bestritten. Wir haben nur diskutiert, ob es hinten bei der Kiesstrasse ein beidseitiges Trottoir braucht und ob auf der nördlichen Seite die Baulinie ein Meter zurückgesetzt werden soll. Wir haben dies grossmehrheitlich in der Kommission nicht für nötig gehalten. Dies ist dann ein Thema, wenn der nördliche Raum von der Kiesstrasse weiterentwickelt wird, was sicher nicht in den nächsten 10 bis 15 Jahren sein wird. Wir können dem Gemeinderat folgen und empfehlen Ihnen, den neuen Bau- und Strassenlinienplan Linksufriges Bachgrabengebiet so anzunehmen, wie es der Gemeinderat vorgeschlagen hat.

**Robert Vogt**, Gemeinderat: Ich möchte nur eine kleine Ergänzung anbringen. Uns ist es sehr wichtig, dass wir aufzeigen können, dass die Festlegung der Bau- und Strassenlinien sehr einheitlich werden sollen, damit nicht unterschiedliche Spiess in unterschiedlichen Quartieren angewendet werden. Genau deswegen ist es hier der Fall, dass auch die früheren Baulinien korrigiert werden, im Allgemeinen von fünf auf vier Meter zurückgehen. In einem Fall in der Lachenstrasse gehen sie von 3,5 auf 4 Meter. Diese Vereinheitlichung ist mir sehr wichtig, damit wir über viele Jahre gesehen, ein einheitliches Bild erhalten. Dies wiederum gibt eine Sicherheit für die Privaten, die hier bauen möchten bis an die Linien heran. Sie stellen auch fest, im Knotenbereich haben wir neu die Abkröpfung, welche eine Gerade ist und nicht mehr durch einen Kreisbogen abgedeckt wird. Auch dies ist ein neuer Standard. Soviel zum Bau- und Strassenlinienplan.

**Andreas Bammatter**, Präsident: Ist das Eintreten bestritten? Gut, dann kommen wir zur Detailberatung.

---

**Kathrin Gürtler**, FDP-Fraktion: Die FDP-Fraktion begrüsst die einheitlichen Abstände, welche über das ganze Gebiet von Allschwil geschaffen werden. Die Abkröpfungen, wie sie vorgesehen sind, werden zur Verkehrssicherheit beitragen. Wir werden diesem Geschäft zustimmen.

**Andreas Bammatter**, Präsident: Es gibt keine Wortmeldungen. Wir kommen zur abschnittsweisen Beratung.

**Pascale Uccella-Klauser**, 2. Vizepräsidentin: Geschäft 4141. Bau- und Strassenlinienplan Linksufriges Bachgrabengebiet, Mutation Kreuzstrasse, Kiesstrasse, Lachenstrasse

1. Ausgangslage

2. Mutation Bau- und Strassenlinienplan

3. Mitwirkungsverfahren

4. Kantonale Vorprüfung

5. Antrag

**Andreas Bammatter**, Präsident: Die Beratung über das Geschäft 4141A ist abgeschlossen, wir kommen zur Abstimmung über den Antrag des Gemeinderates.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

1. Der Bau- und Strassenlinienplan Linksufriges Bachgrabengebiet, Mutation Kreuzstrasse, Kiesstrasse, Lachenstrasse, wird erlassen.

**://:**

Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

**://:**

Das Geschäft wird als Ganzes einstimmig abgeschlossen.

01.030 Einwohnerrat

### **Traktandum 2**

Bericht des Gemeinderates vom 21.08.2013, betreffend  
Vertrag mit den IWB betreffend die Durchleitung von Trinkwasser  
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 4145

---

**Robert Vogt**, Gemeinderat: In der Vergangenheit galt bereits ein Vertrag über die Durchleitung von Trinkwasser im Gebiet der Region. In diesem Vertrag hat man festgestellt, dass es immer wieder Begehren gab von anderen, welche Wasserleitungen durch fremdes Gebiet leiten wollten, deswegen wurde dies immer aktueller. Neu am Durchleitungsvertrag ist, dass jetzt über die Gemeinden hinaus die gleichen Spiesse gelten, das ist sehr zu begrüßen. Der zweite Vorteil aus diesem neuen Vertrag, den wir mit der IWB abschliessen, ist, dass wir neu weniger Entgelt abgeben müssen für die Durchleitung von Trinkwasser. Unser Trinkwasser wird in der Hardwasser AG produziert, gefördert, aufbereitet und die Leitungen eingespiesen. Von dort kommt es über die IWB-Leitungen nach Allschwil und wird hier von uns von der Gemeinde Allschwil verteilt. Im wesentlichen hat diese Verhandlung gezeigt, dass wir bessere Konditionen haben, und, was auch sehr wichtig ist, wenn später eine andere Gemeinde, zum Beispiel Schönenbuch, Wasser durch Allschwil leiten möchte, dass auch dann die Kosten und die Rahmenbedingungen geregelt sind. Wir schlagen Ihnen heute vor,

---

dass wir heute mit der IWB den Vertrag abschliessen, dies liegt in unserem Bericht vor. Wir schliessen heute unseren Durchleitungsvertrag mit der IWB ab, wenn sie diesen absegnen.

**Andreas Bammatter**, Präsident: Ist das Eintreten bestritten? Nein, das ist nicht der Fall, wir kommen zur Detailberatung.

**René Imhof**, SVP-Fraktion: Wir haben das angeschaut und in der Vergangenheit muss man feststellen, dass wir hier für etwas mehr bezahlen, für das wir nichts können. Wir haben das Verursacherprinzip. Die Chemie hat in der Vergangenheit, und das war offensichtlich legal, dort hinten Abfälle vergraben. Man hat diese Abfälle eingeschweisst in Polyamid B2, das heisst in starken Plastik. Was man nicht wusste, obwohl in der Chemie auch Geologie-Professoren arbeiten, dass es dort durch die tektonische Plattenverschiebung, welche wir in unserer Region haben - das müssen wir nicht als Erdbeben spüren - die Behälter zerrissen hat. Zum Teil wurden sie auch zerstört durch chemische Reaktionen von dem, was drin war. Dieses Zeugs ist ins Grundwasser gelaufen. Der Kanton hat die Grenzwerte wöchentlich oder monatlich hinaufgesetzt, bis er gesagt hat, dass wir hier aktiv Kohlefilter installieren müssen. Diese sind nur wegen dem installiert worden, damit wir wieder sauberes Trinkwasser haben. Ich habe während dieser Zeit selber einen Filter gekauft, damit ich zuhause sauberes Wasser habe. Ich finde, diesen Aufschlag von diesem Wasser, da möchte ich den Gemeinderat bitten dies genauer abzuklären, müsste die Chemie bezahlen und nicht die Gemeinde Allschwil, wo es sich nämlich auf den Wasserverbrauch von uns ableitet.

**Robert Vogt**, Gemeinderat: Wir diskutieren heute nur über den Durchleitungsvertrag. Das sollte nichts mit der Wasserqualität zu tun haben. Trotzdem erkläre ich kurz etwas dazu. Wir beziehen vom Trinkwasserproduzent Hardwasser AG das Trinkwasser. Diese kontrollieren dies regelmässig, um die Qualität sicherzustellen. Zu diesem Zweck ist der Aktivkohlefilter errichtet worden. Dieser wiederum sorgt dafür, dass die Qualität wirklich garantiert werden kann. Ich versichere Ihnen, in der Vergangenheit und aktuell ist das Trinkwasser in einer sehr hohen Qualität vorhanden. hier ist es nicht das Thema von Mehrkosten, im Gegenteil. Dank dem neuen Durchleitungsvertrag werden wir ab 1. Januar 2014 wesentlich weniger für das Trinkwasser bezahlen als bisher. Das könnte und müsste man theoretisch auf die Trinkwasser-Konsumenten weitergeben. Das ist momentan noch nicht möglich. Der Grund dafür ist ein anderer, wir werden es Ihnen im Rahmen des Budgets 2014 präsentieren. Sie werden sehen, dass bei der Wasserkasse noch zu wenige Eigenmittel vorhanden sind. Bis wir die Eigenmittel auf den Grundstock, wo wir den Zielwert angesetzt haben, erreicht haben, dürfen wir den Wasserpreis nicht senken. Wir werden schneller Eigenkapital aufbauen können und dann werden wir den Preis senken können. Im Moment reden wir von gleichbleibendem Wasserpreis.

**Markus Gruber**, FDP-Fraktion: Wir von der FDP-Fraktion begrüssen es, dass wir so Geld sparen können. Wir unterstützen diesen Vertrag. Unser Wunsch wäre, dass die Einsparungen so schnell als möglich an die Allschwiler Bevölkerung weitergegeben werden.

**Simon Maurer**, SP-Fraktion: Auch die SP-Fraktion begrüsst die massive Kostensenkung. Es sind doch rund CHF 500'000, die wir weniger bezahlen müssen für die Wasserdurchleitung, das ist doch ein erheblicher Betrag. Wie auch meine Vorredner fänden wir es wünschenswert, dass wir mittelfristig die Einsparung auch an die Allschwiler Einwohner weitergeben können. Im Zuge von diesem neuen Vertrag tauchte die Frage bei uns in der Fraktion auf, ob es nicht andere Verträge mit Institutionen und Firmen gibt, welche nicht mehr zeitgemäss sind. Wir bitten den Gemeinderat, bei Gelegenheit über die Bücher zu gehen und zu schauen, ob es noch andere Verträge gibt, wo Verbesserungspotential vorhanden ist.

**Andreas Bammatter**, Präsident: Wir kommen zur abschnittswisen Beratung.

**Pascale Uccella-Klauser**, 2. Vizepräsidentin: Geschäft No. 4145. Vertrag mit den IWB betreffend die Durchleitung von Trinkwasser

#### 1. Ausgangslage

---

## 2. Erwägungen

## 3. Antrag

**Andreas Bammatter**, Präsident: Die Beratung ist abgeschlossen zu diesem Geschäft, wir kommen zur Abstimmung der Anträge des Gemeinderates:

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt der Gemeinderat

1. Dem neuen Vertrag betreffend die Durchleitung von Trinkwasser zwischen den Industriellen Werken Basel IWB und der Einwohnergemeinde Allschwil wird zugestimmt.

**://:**

Dieser Antrag wird grossmehrheitlich bei 1 Enthaltung angenommen.

**://:**

Das Geschäft wird als Ganzes abgeschrieben.

01.030      Einwohnerrat

### **Traktandum 3**

Bericht des Gemeinderates vom 03.07.2013, betreffend Abrechnung über den Verpflichtungskredit in der Höhe von CHF 2'960.000.00 inkl. MWST für die Erstellung eines Feuerwehrmagazins am Baselmattweg (Parzelle A 368)  
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat, Geschäft 3766B

---

**Christoph Morat**, Gemeinderat: Ich freue mich ausserordentlich, Ihnen heute Abend die Abrechnung über diesen Verpflichtungskredit zu präsentieren. Was lange währt, wird endlich gut, könnte man sagen. Ich erlaube mir, hier einen kurzen Abriss zu machen. Sie haben die Termine gesehen im Bericht. Wichtig ist, dass der Gemeinderat ein Experiment probiert hat, nämlich das Bauen mit einem Totalunternehmer. Das hat sich als gute Sache erwiesen im Endeffekt. Ich komme nachher noch darauf zurück, weshalb. Wir haben ein schlüsselfertiges Magazin erhalten und wir sind jetzt noch am Beheben der letzten Mängel. Die Feuerwehr, habe ich mir sagen lassen, ist ganz glücklich mit den Räumlichkeiten. Es gibt immer Kleinigkeiten, welche sich der eine oder andere anders gewünscht hat. Das Geschäft ist, nachdem die Kommission zum ersten Mal getagt hat, nicht unter einem glücklichen Stern gestanden. Es gab eine Beschwerde ans Kantonsgericht. Das Kantonsgericht hat uns gesagt, mit wem wir dieses Feuerwehrmagazin bauen müssen. Der Spatenstich im Mai 2011 hat bei schönem Wetter stattgefunden. Man hat im Boden gegraben und bald festgestellt, dass nicht nur Kies im Boden ist, sondern dass es noch sogenannte Erdbaustoffe hat. Diese waren in keiner Kostenrechnung oder Kostenvoranschlag berücksichtigt und mussten fachgerecht entsorgt werden. Beim Abbruch der Gebäude, das alte Magazin plus die Nebenbauten, welche als Garage und Lager dienten, ist ein klein wenig gebundener Asbest hervorgekommen. Dieser musste auch separat entsorgt werden und dies war nicht in den Kostenvoranschlägen mit drin. Das waren die Schwierigkeiten, auf welche wir immer wieder gestossen sind. Seit Juli 2011 haben wir ein neues Gesetz erhalten zum Energiesparen. Wir haben die Ausschreibungen mit anderen Voraussetzungen gemacht, als wir schlussendlich anwenden mussten. Eine Baubewilligung gab es damals nur mit den neuen Kriterien. Dies alles hat zu einer Ausnützung geführt von diesen indextierten Kosten und schlussendlich auch zu einer kleinen Überschreitung von CHF 47'284. Das ist trotz allem eine Punktlandung, wenn man berücksichtigt, was alles mit diesem Gerichtsfall und mit diesen Unwägbarkeiten, welche wir sowieso gehabt hätten, passiert ist, auf dem Weg zur Errichtung des Feuerwehrmagazins. Mein Dank geht an die begleitete Baukommission, da waren Mitglieder aus Ihren Fraktionen drin, Leute von der Feuerwehrkommission und vom Feuerwehrekader. Dann möchte ich mich bei Kommandant, Roland Michel und Patrick Meury bedanken. Aus der Verwaltung hat vor allem Claude

---

Hartmann mitgearbeitet, welcher auch heute noch gute Dienste leistet, indem er uns immer wieder darauf aufmerksam macht, was geleistet wurde. Mit ihm zusammen sind wir daran, die Mängel zu beheben. Mein Dank geht auch an Walter Stammbach, ehemaliger Hauptabteilungsleiter, welcher dieses Geschäft angerissen hat, und Jürgen Johner, das ist der heutige Hauptabteilungsleiter, welcher dieses Geschäft zu Ende geführt hat, die letzten Verhandlungen führen musste mit dem Totalunternehmer, sodass wir Ihnen heute diese Abrechnung präsentieren können. Ich wünsche der Feuerwehr weiterhin, dass sie sich wohl fühlt, dass sie ihren Auftrag zum Wohle von Allschwil von uns allen in diesen Gebäuden wahrnehmen kann. Ich bitte Sie, den Anträgen des Gemeinderates zuzustimmen.

**Andreas Bammatter**, Präsident: Wenn das Eintreten nicht bestritten ist, dann kommen wir zur Detailberatung.

**Stephan Wolf**, CVP-Fraktion: Wir von der CVP-Fraktion haben uns mit dieser Abrechnung eingehend auseinandergesetzt. Wir sind auch zum Schluss gekommen, dass angesichts dieser beiden Punkte, welche bereits erwähnt wurden, auch das Kantonsgerichtsverfahren und das Auffinden der Erdstoffe, wir mit einem blauen Auge davongekommen sind. Die Überschreitung der Kreditsumme ist in Anbetracht davon sehr minimal. Wenn man auch berücksichtigt, dass wir eine Kostenungenauigkeit von minus/plus 5% zur Kenntnis genommen haben, dann liegt das im Rahmen. Wir beantragen, dass wir diese Abrechnung gutheissen.

**Armin Bieri**, SP-Fraktion: Wir von der SP-Fraktion können diese Abrechnung auch gutheissen. Ich schliesse mich Stephan Wolf an. Es ist eine ziemlich schöne Punktlandung. In der Grössenordnung des Betrags sind die CHF 47'000 sehr gut, in Anbetracht der zwei Unwägbarkeiten, die es gab. Ich möchte allen Beteiligten danken, dass dies nach so langer Zeit endlich zu einem guten Ende gekommen ist.

**Roland Naef**, parteilos: Ich habe nichts gegen den Bericht, nur eine Bitte an den Gemeinderat, nämlich dass man die hässlichen Garagen nun wenigstens in der gleichen Farbe streicht.

**Rahel Balsiger**, FDP-Fraktion: Die FDP-Fraktion schliesst sich den Ausführungen von Christoph Morat an und ist froh darum, dass die plus/minus 5% Kostengenauigkeit eingehalten werden konnte.

**Andreas Bammatter**, Präsident: Ich bitte die 2. Vizepräsidentin den Bericht abschnittsweise durchzugehen.

**Pascale Uccella-Klauser**, 2. Vizepräsidentin: Geschäft No. 3766B. Abrechnung über den Verpflichtungskredit in der Höhe von CHF 2'900'000 inkl. MWST für die Erstellung eines Feuerwehrmagazins am Baselmattweg (Parzelle A 368)

1. Ausgangslage

2. Bauausführung

3. Kreditabrechnung

4. Antrag

**Andreas Bammatter**, Präsident: Wir kommen zum Antrag des Gemeinderates.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

4.1 Die Bauabrechnung für das Erstellen des Feuerwehrmagazins am Baselmattweg in der Höhe von CHF 3'174'258.35 wird genehmigt.

**://:**

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

**://:**

Das Geschäft wird als Ganzes einstimmig abgeschrieben.

01.030 Einwohnerrat

**Traktandum 4**

Bericht des Gemeinderates vom 07.08.2013, betreffend  
Quartierplanung „In den Lachen“, Mutation 3 zum Quartierplan-Reglement  
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat, Geschäft 4146

---

**Christoph Morat**, Gemeinderat: Sie fragen sich vielleicht, weshalb der Einwohnerrat über eine solch kleine Lappalie abstimmen muss. Der Grund ist ganz einfach, weil nur er das kann. Der Einwohnerrat hat 1983 den Quartierplan „In den Lachen“ genehmigt, die beiden Mutationen 1985 und 1992 ebenso. Jetzt geht es darum, dass sich ein Ankermieter in diesem Gebiet beim Parkplatz Bachgraben, unten ist ein Baucenter, oben im 1. Stock niederlassen möchte. Er möchte Food im Stil von Kolonialwaren, also keine frischen Produkte, verkaufen. Für das braucht es eine Quartierplanänderung. Es geht um einen Paragraphen, das konnten Sie den Unterlagen entnehmen. Der Kanton hat bereits einen Planungsbericht dazu gemacht und er begrüsst dieses Vorgehen. Wenn Sie heute Abend diesem Antrag zustimmen und diese aktive Wirtschaftsförderung hier beschliessen, dann wird dies auch beim Kanton auf keinerlei Schwierigkeiten stossen. Ich bitte Sie, den Anträgen zuzustimmen und das Geschäft so zu beschliessen.

**Andreas Bammatter**, Präsident: Wir kommen zur Detailberatung, das Eintreten ist nicht bestritten.

**Armin Bieri**, SP-Fraktion: Für uns geht dies in Ordnung, wir können es gut nachvollziehen. Es gibt einen neuen Ankermieter, der dort hin möchte, das ist sicher nicht schlecht. Früher war dort das Toptip-Möbelgeschäft von Coop. Wenn dies wieder belebt wird, dann ist das für alle sinnvoll, so gibt es dort wieder neues Leben, was nicht schadet. Wir können dem zustimmen.

**Christoph Benz**, EVP/Grüne-Fraktion: Wir haben nichts Neues zu dieser Mutation, wir haben nichts dagegen, wenn Otto's dort oben auch noch Bohnen und Duschmittel verkauft. Wir hoffen auch, dass in diesem 1. Stock mehr Leben eintritt, als es mit Toptip der Fall war. Ich möchte einen Gedanken einwerfen, der nicht direkt zur Mutation gehört. An der Veranstaltung von Andreas Bammatter zum genossenschaftlichen Wohnen hat man gehört, dass Basel-Stadt den Parkplatz zu einem rechten Teil überbauen möchte mit genossenschaftlichen Wohnungen. Dann haben wir das Problem mit den Parkplätzen. Baucenter, Otto's usw. sind auf Allschwiler Boden, und die Parkplätze sind auf Basler Boden. Das gibt ein Problem. Gedenkt man hier etwas zu machen oder lässt man es auf sich zukommen?

**Christoph Morat**, Gemeinderat: Die Parkplatzproblematik ist im Moment noch stabil. Die gleiche Frage stellt sich auch an anderen Orten: Wo parkieren die Gäste vom angrenzenden Bachgraben-Gartenbad, im Winter Golf. Das muss man gut nachbarschaftlich lösen, es soll ja nicht der ganze Parkplatz überbaut werden. Dies muss man mit den Nachbarn aus Basel anschauen und besprechen, wie es dort aussehen könnte. Das Baucenter und der Ankermieter im 1. Stock brauchen sicher Parkplätze. Ich bin zuversichtlich, dass wir mit den Behörden von Basel-Stadt gut zusammenarbeiten werden.

**Simon Zimmermann**, SVP-Fraktion: Ist es nicht so, dass sogar unten beim Gebäude eine Tiefgarage ist, wo man die Autos abstellen kann? Dann hat dies mit dem anderen nichts zu tun. Ich meine, dass es unten eine Tiefgarage hat. Dann ist es berechnet, damit diejenigen, die dort ein- und ausgehen, ihr Auto dort reinstellen. Dann müssen wir uns mit Basel nicht freundschaftlich zusammenschliessen bezüglich den Parkplätzen.

**Simon Maurer**, SP-Fraktion: Wahrscheinlich wäre dies eher etwas für die abschnittsweise Beratung. Für mich ist nicht ganz klar, weshalb man dies auf die 9% festlegt. Was ist die Motivation? So wie ich den Text verstehe, wäre auch mehr möglich gewesen. Es wird die Verkaufsfrequenz und Anzahl Autos, welche dort ein- und ausgehen, erwähnt. Hat es einen tieferen Sinn, dass man sagt, nur so viel und nicht mehr, oder könnte man es dem neuen Mieter offen lassen, damit er expandieren kann?

**Christoph Morat**, Gemeinderat: Man möchte nicht unbeschränkt Food-Artikel in einem Quartiercenter verkaufen. Dies würde einen übermässig grossen Verkaufstourismus anregen. Es gibt im Bau- und Raumplanungsgesetz einen Artikel, dass es nicht grösser als 500 Quadratmeter sein soll. Hier wurde es auf 9% festgelegt. Ich nehme an, dass es eine Absprache ist, die alle Beteiligten, die Grundeigentümer und der Ankermieter vollumfänglich tragen werden. Ich meine, es ist im Bau- und Raumplanungsgesetz eine Höchstzahl vorgegeben. So kommt man da nicht daran mit den 455 Quadratmetern.

**Christoph Benz**, EVP/Grüne-Fraktion: Die Tiefgaragen gibt es. Diese findet man noch viel schlechter als gewisse Leute den Toptip gefunden haben. Sie ist einsam und verlassen und hat eine blöde Ausfahrt. Ich glaube nicht, dass sie ausreichen wird, wenn man sie entdeckt. Sie ist sehr verwinkelt und ich wünsche viel Spass dort unten.

**Andreas Bammatter**, Präsident: Wir kommen zur abschnittswisen Beratung.

**Pascale Uccella-Klauser**, 2. Vizepräsidentin: Geschäft No. 4146. Quartierplanung „In den Lachen“ Mutation 3 zum Quartierplan-Reglement.

1. Ausgangslage

2. Warum eine Mutation?

3. Verfahren

4. Mutation

5. Mitwirkung

6. Kantonale Vorprüfung

7. Antrag

**Andreas Bammatter**, Präsident: Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

7.1 Die Quartierplanung „In den Lachen“, Mutation 3 wird gutgeheissen und dem Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft zur Genehmigung vorgelegt.

**://:**

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

**://:**

Das Geschäft wird als Ganzes abgeschrieben.

## PAUSE

## FRAGESTUNDE

**Andreas Bammatter**, Präsident: Wir fahren weiter mit der Fragestunde. Die Fragen liegen vor, wir kommen zur ersten Frage der FDP-Fraktion zum Algenbefall.

**Robert Vogt**, Gemeinderat: Bei dieser Frage geht es um den Algenbefall in den Brunnen von Allschwil, welcher in den letzten Wochen der Öffentlichkeit aufgefallen ist. Dies wurde von der FDP-Fraktion aufgenommen. Zur Frage 1, der Reinigungssturnus der Brunnen ist alle zwei Wochen. Im Sommer hatten wir eine spezielle Situation durch Ausfall von Personal, krankheitshalber. Das Potential der Mitarbeiter wurde reduziert und die Brunnen konnten nicht im gewohnten Takt gereinigt werden. Im Sommer ist der Algenwachstum auch schneller wegen der Sonne, deswegen sind die Brunnen veralgt. Dies ist kein Hygieneproblem, weil man nicht aus dem Brunnentrog Trinkwasser nehmen kann, sondern vom Hahn. Bei den 40 Brunnen in Allschwil unterscheiden wir zwischen denen, wo Trinkwasser aus dem Leitungsnetz kommen, und den Brunnen, wo Quellwasser herauskommt und kein Trinkwasser ist. Diese sind entsprechend gekennzeichnet mit einem Schild. Zur zweiten Frage: Werden die Brunnen regelmässig auf Bakterien und Algen geprüft? Das ist nicht nötig, weil sie in regelmässigen Abständen gereinigt werden, so sind sie sauber. Wird dem Umstand dieser aussergewöhnlich langen heissen Meteolage Rechnung getragen? Normalerweise würden wir dies mit unserem strengen Reinigungsintervall. In letzter Zeit konnten wir dies nicht sicherstellen. Der Umstand zur Frage 4 ist der Verwaltung in Allschwil bekannt. Ich kann Ihnen versichern, dass wir in Zukunft versuchen werden, dass wir dem Personalproblem Herr werden und die Disposition so einrichten, damit wir die Brunnen von Algen freihalten können. Ich kann Ihnen versichern, dass dies in Zukunft weniger auftreten wird.

**Andreas Bammatter**, Präsident: Ist Frau Vogt mit dieser Antwort einverstanden? Gut, wir kommen zur nächsten Frage: Ungültige Stimmzettel wegen fehlender Unterschrift, auch von der FDP-Fraktion.

**Nicole Nüssli**, Gemeinderätin: Ich beantworte diese Frage und fange bei der zweiten Frage an: Zählt das Wahlbüro im Speziellen die nicht unterschriebenen Stimmausweise und wenn ja, wie viele sind das im Durchschnitt pro Wahlgang? Es ist so, dass die ungültigen Stimmrechtsausweise aufgrund einer fehlenden Unterschrift gezählt werden vom Wahlbüro. Diese betragen im Durchschnitt 0,8% bis 1,5% pro Wahlgang. Es kommt darauf an, je grösser die Stimmbeteiligung, desto grösser ist auch die Anzahl der ungültigen Stimmrechtsausweise. Bei circa 5500 abgegebenen Stimmen sind dies zwischen 68 bis 95 ungültige Stimmrechtsausweise. Die Verwaltung wird nicht im Speziellen informiert über die ungültigen Stimmzettel, das haben sie bis anhin selber gesehen. Wir haben die neuen Stimmrechtsausweise eingeführt, die Unterschrift war früher auf dem Couvert, neu ist sie im Couvert auf dem speziellen Beiblatt, und nun sieht man es nicht mehr. Es müsste eine Meldung des Wahlbüros an die Verwaltung erfolgen, wenn es gravierend wäre. Das Wahlbüro schaut es bis jetzt



noch nicht als gravierend an, die Zahl liegt im Rahmen, wo man noch keine Massnahmen einleiten muss.

Wie möchte die Verwaltung dem entgegenzutreten? Man kann sich auf den Standpunkt stellen, dass jede Stimme, die so verloren geht, weil die Unterschrift fehlt, eine Stimme zu viel ist, welche verloren geht. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass man im Sinne eines Massnahmenkataloges im AWB einmal pro Jahr eine Wahlenleitung machen kann, wo man klar darauf hinweist, dass das Beiblatt unterschrieben werden muss. Wenn es nicht unterschrieben wird, dann ist der ganze Stimmrechtsausweis ungültig. Im gleichen Schritt könnte man es auf der Homepage nochmals publik machen. Wenn man es im Internet eingibt, dann kommt es irgendwann, liegt aber weit zurück. Man könnte es auch auf der Homepage aktueller präsentieren. Das wären die ersten Massnahmen, die man einleiten könnte. Wenn man sieht, dass es nichts bringt und die ungültigen Stimmen sich erhöhen, dann könnte man in die Richtung gehen, wie es in der Frage steht, nämlich dass man die Leute persönlich anschreibt. Aber in einem ersten Schritt noch nicht.

**Andreas Bammatter**, Präsident: Christoph Benz hat eine Frage zur Plumpi-Nacht und zum Technosound.

**Thomas Pfaff**, Gemeinderat: Ich darf Ihnen die Frage 3 beantworten. Es geht um Plumpi, wo es offenbar wiederholt nachts zu Lärm gekommen ist, auch mit Verstärkeranlagen. In diesem Zusammenhang ist auf der Verwaltung ein Schreiben eingegangen von einer Bewohnerin dort in der Nähe. Dieses Schreiben haben wir heute beantwortet und ich darf Ihnen diese Fragen beantworten, welche Herr Benz eingereicht hat. Wie ist das geregelt bei der Plumpi? Der Spielplatz Plumpi ist als sogenannte Grundnutzungszone definiert, dort sind öffentliche Werke zulässig sowie Anlagen mit Zweckbestimmung. Es gehört nicht zum Naturschutzgebiet, es gehört nicht zum Wald, und eine Wildruhezone befindet sich auch nicht in der Nähe. Grundsätzlich darf man sich dort aufhalten und festes, das Gelände steht der Bevölkerung zur Verfügung. Der Betrieb von Verstärker bzw. Musikanlagen im Freien ist grundsätzlich bewilligungspflichtig. Eine solche Bewilligung muss bei der Hauptabteilung Einwohnerdienste-Sicherheit eingeholt werden, dies gilt auch für Sportanlässe. Wenn diese mit Verstärkeranlagen arbeiten, dann muss dies vorgängig bewilligt werden. Eine solche Bewilligung für den Standort Plumpi wurde bisher nie beantragt und ausgestellt. Wir beabsichtigen auch nicht, dies dort zu bewilligen.

In der Frage 2 geht es darum, was man darf und was nicht. Der Spielplatz mit der Feuerstelle ist der Bevölkerung frei zugänglich. Einschränkungen gibt es keine. Es wäre auch schwierig, wenn man Einschränkungen macht, dies durchzusetzen. Es wäre mit Personalaufwand verbunden. Das Gelände hat eine gewisse Distanz zu den nächsten Gebäuden, 350 bis 400 Meter weiter weg fängt das Siedlungsgebiet an. Es ist eingeschlossen mit Wald und Bäumen, und es gibt eine gewisse Abschottung. Es gibt bei der Plumpi ein Betretungsverbot für Hunde, das wurde vor mehreren Jahren erlassen und daran möchten wir festhalten. Eine Benutzungsordnung für den Spielplatz, wie wir es bei Schulhofgeländen kennen, gibt es nicht. Der Gemeinderat beabsichtigt auch nicht, dies einzuführen. Zusätzlich gibt es auf dem Weg dorthin ein Fahrverbot. Dort wäre eine Ausnahmegewilligung möglich, aber das muss man bei der Gemeindepolizei beantragen und dafür bezahlen. Abgesehen davon, dass Musik- und Verstärkeranlagen nicht erlaubt sind, gibt es die Nachtruhe. Die Nachtruhe gilt im Siedlungsgebiet und auch für Lärm ausserhalb der Siedlung, welche auf die Siedlung einstrahlt. Also egal, ob man den Lärm mit Musikanlage oder anderweitig macht, ab 22.00 Uhr haben die Anwohner im Siedlungsgebiet Anrecht darauf, dass sie nicht gestört werden.

Wir kommen zum zweiten Teil der Frage 2: Wer kontrolliert das? Die Kantonspolizei auf ihren Patrouillen, die Gemeindepolizei auf ihren Patrouillen, die Fluraufsicht auf ihren Patrouillen und die Grenzschutz auf ihren Patrouillen würde entsprechend eingreifen, wenn dort nach 22.00 Uhr Lärm ist. Plumpi ist ein Hotspot, welcher der Gemeinde- und Kantonspolizei bekannt ist und entsprechend häufiger kontrolliert wird, auch im Rahmen der Spät-, Nacht- und Wochenenddiensten. Wir haben aber keine regelmässige Präsenz dort, es kann mal einer dort eine halbe Nacht lärmern, ohne dass er erwischt wird. Wer durch Lärm belästigt wird, sollte reagieren. Wenn es nicht gerade der Nachbar ist, wo man kurz an der Türe klopfen kann, sondern wenn es aus dem entfernten Plumpi kommt, dann gibt es einfache Verhaltensregeln. Man ruft die Polizei an, man kann dies über die Notrufnummer 112 machen, und dann kümmert sich die Polizei darum. Je nachdem wer im Einsatz ist, geht die Gemeindepolizei oder die Kantonspolizei dorthin und kümmert sich darum. Dann darf man damit rechnen, dass in Kürze Ruhe sein wird.

Es gibt noch die Fragestellung nach den Konsequenzen. Wenn dort Lärm gemacht wird und die Polizeipatrouille vor Ort ist, dann wird das entsprechend von der Polizei aufgenommen. Die Personalien werden aufgenommen und je nach dem, ob es ein Straftatbestand ist gemäss

Strafgesetzbuch, geht es an die Staatsanwaltschaft, oder wenn es Littering und Ruhestörung betrifft, dann geht es an den Gemeinderat, gestützt auf die Bestimmungen im Polizeireglement. Was hat das für Folgen? Der Polizeieinsatz wird dem Verursacherprinzip gerecht, es könnte noch eine Busse vom Polizeiausschuss kommen. In der Summe reden wir von einem Betrag von CHF 300. Das ist deutlich anders, als wenn man nur irgendwo eine Stunde zu lang parkiert hat. Es lohnt sich also zu reagieren und die Polizei zu rufen. So werden es die Verursacher entsprechend zu spüren bekommen. Damit verhindern wir, dass sich solche Sachen den ganzen Sommer wiederholen und wir jedes Wochenende diesen Zustand haben. Es sind alle Anwohner eingeladen, wenn sie feststellen, dass es dort Leute hat, welche sich nicht zu benehmen wissen, die Polizei anzurufen, so können wir entsprechend reagieren.

**Christoph Benz**, EVP/Grüne-Fraktion: Ich habe diese Antwort erwartet. Man weiss, wie es sein sollte, meine Vermutung ist, dass die Polizei nicht so oft dort hinten war in den warmen Nächten an einem Freitag oder Samstag. Thomas, du könntest mal in dein Vogelhaus gehen dort hinten an einem Freitag oder Samstagnacht im Sommer. Dann weisst du, wovon ich rede, und verstehst besser, weshalb ich diese Eingabe gemacht habe. Ich habe nichts gegen das Festen dort hinten, aber wenn man mit dem Generator auftaucht und der Sound alles beschallt, auch nach 22.00 Uhr, dann hört mein Verständnis auf. Ansonsten sollen sie es dort lustig haben, sie stören dort hinten wenig, aber einfach im Rahmen.

**Andreas Bammatter**, Präsident: Wir kommen zur Frage 4 von Jacqueline Misslin zum Schutzverband.

**Robert Vogt**, Gemeinderat: Die Frage von Jacqueline Misslin darf ich stellvertretend beantworten, obwohl Thomas Pfaff direkt angesprochen wurde. Die Fluglärmthemen sind bei Tiefbau und Umwelt angesiedelt. Erstens ist es möglich, dass der Schutzverband für den EuroAirport Inserate für eine Gemeinderatskandidatin lanciert. Dies ist eine reine Entscheidung des Vorstandes, wo auch Gemeinderat Thomas Pfaff Einsitz hat. Bei der zweiten Frage geht es darum, ob es nicht zweckentfremdet ist. Wir haben das in den Statuten überprüft. Es ist möglich, dass der Verein solche Aktivitäten unterstützt. Der Verein hat uns zugesichert, dass er zuerst geprüft hat, dass es die einzige Kandidatin ist, die einem solchen Verband angehört, also auch beim Forum für den Flughafen gibt es niemanden, der Einsitz hat. Deswegen gehen wir davon aus, dass dies alles rechtens ist und dass ein Inserat geschaltet wurde mit dem Absender: Schutzverband der Bevölkerung und dem Flughafen Basel Mulhouse.

**Andreas Bammatter**, Präsident: Wir kommen zur Frage 5 von Jérôme Mollat bezüglich Schwingfest Allschwil.

**Nicole Nüssli**, Gemeinderätin: Wie Sie wissen, haben Sie in der Dezembersitzung 2012 ins Budget 2013 einen Betrag von CHF 50'000 eingestellt für die Beteiligung am Schwingfest, welches kürzlich durchgeführt wurde in Allschwil. Der Gemeinderat wurde vom OK angefragt, ob wir uns mit einem Sponsorenbeitrag von CHF 50'000 beteiligen. Das ist klar, denn sie haben gehört, dass der Betrag im Budget stand. Der Gemeinderat hat in intensiven Diskussionen mit dem OK und natürlich auch in seiner Runde entschieden, dass wir nicht CHF 50'000 sprechen, sondern nur CHF 20'000 als Sponsorenbeitrag geben, und dafür mit CHF 30'000 eine Defizitgarantie sprechen. Wenn beim Ergebnis des Schwingfestes ein Defizit resultieren würde, dann würden wir nebst den CHF 20'000 noch mehr bezahlen. Den Sponsorenbeitrag von CHF 20'000 haben wir bezahlt, die restlichen CHF 30'000 liegen noch bei uns. Ich bin im Gespräch mit dem OK und darf Ihnen sagen, dass es so aussieht, dass ein leichter Überschuss generiert wurde beim Schwingfest. Das heisst, dass wir keine Defizitgarantie bezahlen müssen. Es hängt jetzt noch davon ab, dass alle Inserenten, welche Inserate geschaltet haben, bezahlen. Da ist noch ein kleiner Teil offen, aber es ist mit einem positiven Ergebnis zu rechnen.

**Jérôme Mollat**, GLP/BDP-Fraktion: Ich bin mit der Antwort und dem Inhalt zufrieden, das ist sehr erfreulich.

**Andreas Bammatter**, Präsident: Wir sind bereits bei Frage 6 zur Parkplatzbewirtschaftung von Armin Bieri.

**Thomas Pfaff**, Gemeinderat: Ich darf Ihnen die Frage zur Parkplatzbewirtschaftung beantworten. Die erste Frage heisst: Wann können wir mit konkreten Informationen rechnen? Die Frage ist, wie ich diese Frage auslege. Es ist kein Geheimprojekt, wir geben jederzeit gerne Auskunft. Wenn eine Frage vorhanden ist, dann darf man sich jederzeit an den Projektleiter wenden, Hauptabteilungsleiter Einwohnerdienst – Sicherheit, Heinz Schäfer. Falls die Frage ist, wann wir zum nächsten Mal wieder über das Projekt informieren, dann wäre die Antwort folgende: Wir haben nicht vor noch weitere Zwischenetappen zu informieren, wir sind jetzt im Endspurt. Ich habe Sie nach Beendigung Grobkonzept im Infowindow kurz informiert und Ihnen gesagt, wie es weitergeht. Jetzt machen wir fertig, bis die Einwohnerratsvorlage da ist, dann werden wir Sie wieder informieren.

Zur Frage 2: Wann wird das Konzept dem Einwohnerrat vorgestellt? Ich habe Sie im Februar informiert, dass sich der Gemeinderat dafür entschieden hat nach Vorliegen des Grobkonzepts eine Konsultativkommission einzusetzen. Ich habe die Fraktionen eingeladen, entsprechend Personen zu delegieren. Sie sehen jetzt den Zeitplan und weil ich nicht sicher war, ob man das Kleingedruckte lesen kann, habe ich oben darüber die wichtigsten Etappen grösser hingeschrieben. Jetzt ist die Konsultativkommission an der Arbeit. Ursprünglich war es so gedacht, dass sie im Oktober fertig sind, dazu sage ich nachher noch etwas. Daraufhin muss es von unserer Verwaltung finalisiert werden, es muss auch noch in die kantonale Vorprüfung, damit wir keine Überraschungen haben, wenn wir es vorlegen werden. Somit wäre es im Frühling parat für den Einwohnerrat, vermutlich wird auch noch die VPK beauftragt. Das liegt nicht an mir, sondern das beschliesst das Büro des Einwohnerrates. Es wird nicht in einem Monat erledigt sein. Wenn die VPK auch noch Zeit braucht, wird es gesamthaft drei Monate gehen. Somit wären wir dann in etwa im Juni. Die Konsultativkommission hat ihre Arbeit aufgenommen. Dort zeigt sich, dass die Meinungen sehr unterschiedlich sind, wie eine Parkraumbewirtschaftung aussehen soll. Das geht von „wir brauchen es nicht“ bis „wir brauchen es unbedingt“, von „es soll über Steuern finanziert werden“ bis „Steuern werden nicht angefasst, es soll über Gebühren finanziert werden“. Es gibt eine grosse Spannbreite an Meinungen. Ich bin sehr froh, dass diese Konsultativkommission eingesetzt wurde. Diese Diskussionen möchte ich während der Entwurfsphase haben, und nicht erst wenn die fertige Fassung im Einwohnerrat liegt. Es zeigt sich, dass diese Kommission etwas länger Zeit braucht, bis wir einen Konsens haben, den wir dem Einwohnerrat vorschlagen können und der mehrheitsfähig ist. Der ganze Zeitplan könnte sich um drei bis vier Monate verschieben. Die Überweisung an den Einwohnerrat wäre dann nicht im zweiten Quartal 2014, sondern erst im dritten Quartal 2014. Das ist der jetzige Projektstand.

Ich komme zur letzten Frage, wann dies umgesetzt wird. Wenn man diesen Zeitplan anschaut, dann wäre eine Einführung ab 2015 möglich. Aber die Erneuerung der Baslerstrasse kommt uns da vielleicht noch in die Quere. Die Baslerstrasse selber wird nicht zum Perimeter gehören, weil der Kanton dem nicht zustimmt. Der Perimeter fängt links und rechts von der Baslerstrasse an. Die Verkehrstafeln, die darauf hinweisen, dass zum Beispiel blaue Zonen mit Anwohnerparkkarten gültig sind oder was immer dann dort steht, wären dann jeweils bei jeder abgehenden Strasse entlang der Baslerstrasse, der Binningerstrasse und der Fabrikstrasse. Wenn also die Baslerstrasse umgestaltet wird und das zur Folge hätte, dass wir dann Schilder, welche wir frisch montieren, kurz daraufhin wieder umpflanzen müsste, wäre es überlegenswert, um unnötige Kosten zu verhindern, den Einführungstermin anzupassen. Da wir den genauen Termin der Umgestaltung Baslerstrasse jetzt noch nicht kennen, kann ich nicht genauer werden. Ich bin zuversichtlich, wenn die Vorlage im Einwohnerrat ist, dass ich Ihnen dann klare Informationen zum Einführungstermin geben kann. Vorderhand muss ich Sie mit dieser provisorischen Antwort beliefern.

**Armin Bieri**, SP-Fraktion: Dankeschön.

**Andreas Bammatter**, Präsident: Wir kommen zur Frage 7, Gsünder Basel.

**Arnold Julier**, Gemeinderat: Herr Bieri fragt, wer nächstes Jahr in den Schützenmattpark gehen muss, um mit Gsünder Basel zu turnen. Das musst du nicht, wir machen das auch in Allschwil. Wir haben uns von Gsünder Basel informieren lassen, vom Geschäftsleiter anfangs Jahr, wie die Beteiligung von Allschwiler und Allschwilerinnen ist. Die Zahlen haben gezeigt, dass es ein ansprechendes Konzept von Gsünder Basel ist. Wir haben Grundlagen ausgearbeitet für eine allfällige

Leistungsvereinbarung mit Gsünder Basel. Wir haben bereits CHF 10'000 ins Budget genommen, um dies umzusetzen. Man muss nicht mehr nach Basel in den Schützenmattpark, sondern man kann hier in Allschwil öffentlich turnen. Wir machen es nicht nur mit Gsünder Basel, der Gesundheitsworkshop Baselland ist auch involviert, da gibt es auch ein Konzept mit dem Namen „Gesundheitsworkshop auf Gemeindeebene“, das ist im Tun. Da wären wir eine Pilotgemeinde, welche da etwas macht. Dazu sind wir informiert worden und das Interesse ist vorhanden. Was es genau dann sein wird, wissen wir noch nicht, da warten wir noch auf die ausführlichen Berichte, die wir erhalten sollten.

**Armin Bieri**, SP-Fraktion: Ich nehme das sehr erfreut zur Kenntnis, danke vielmals.

**Andreas Bammatter**, Präsident: Wir kommen zur nächsten Frage, bezüglich Zentrale Dienste Personalleitung.

**Nicole Nüssli**, Gemeinderat: Herr Schmassmann hat seine Stelle als Hauptabteilungsleiter Zentrale Dienste Gemeinde Allschwil Mitte Juni 2013 gekündigt. Er hat eine Kündigungsfrist von zwei Monaten, das heisst, er hatte Ende August 2013 seinen letzten Tag. Die Kündigung ist grad anfangs Sommerferien eingegangen, der Gemeinderat war der Meinung, dass es nicht viel Sinn macht, diese Stelle während den Sommerferien auszuschreiben. Es sind viele in den Ferien und die Chance ist relativ gering, dass diese gelesen wird. Der Hauptgrund ist aber der, dass der Gemeinderat bei jeder Stelle, wo es zu einer Kündigung kommt, überprüft, ob diese Stelle weiterhin besetzt sein soll. Von dieser Praxis ist der Gemeinderat auch bei dieser Stelle, auch wenn es eine wichtig ist, nicht abgewichen. Er ist dieser Frage intensiv nachgegangen. Es war hier eine umfangreichere Frage, weil im Rahmen der Reorganisation vor rund zwei Jahren, bevor Herr Schmassmann angestellt wurde, diese Stelle neu gegründet wurde und die Hauptabteilung Dienste wurde ins Leben gerufen. Das Ziel war eine Entlastung für die Gemeindeverwalterin, damit sie weniger mit den operativen Geschäften belastet ist und mehr strategisch arbeiten kann. Dies war der eine Grund, und der andere Grund war, dass man eine Professionalisierung erreichen wollte im HRM. Der Gemeinderat wollte sich die Zeit nehmen, um abzuklären, ob diese Ziele, welche man sich damals gesetzt hat, erreicht wurden. Am 14. August 2013 an der Gemeinderatssitzung ist der Gemeinderat zum Schluss gekommen, dass diese Ziele erreicht wurden und dass wir weiterfahren wollen. Wir haben dann diese Stelle sofort neu ausgeschrieben. In der ersten Oktoberwoche werden am Montag und Mittwoch die ersten Vorstellungsgespräche sein mit sieben Interessenten. Es sind rund 25 Dossiers eingegangen. Wir haben eine Triage gemacht, erste Wahl, zweite Wahl und dritte Wahl. Alle in der ersten Wahl wurden zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen. Ich gehe davon aus, dass wir dort sehr wahrscheinlich jemanden finden, um diese Stelle zu besetzen. Durch die Untersuchung hat sich die ganze Stellensuche um rund zwei Monaten verschoben. Es wurde noch gefragt, was in der Übergangszeit passiert. Da passiert eigentlich immer das gleiche, wenn jemand in der Gemeinde Allschwil kündigt. Die Arbeit muss aufgeteilt werden. Ein Teil wird bei Frau Steiner liegen, sie wird einen Teil davon machen dürfen, was sie vorher gemacht hat. Ein anderer Teil wird zur Hauptabteilungsleitung Finanzen gehen, weil Herr Schmassmann in die Revision involviert war, dies wird von der Hauptabteilung Finanzen übernommen werden. Ich hoffe, dies reicht als Antwort.

**Andreas Bammatter**, Präsident: Wir sind bei der letzten schriftlich eingereichten Frage betreffend das Alterskonzept.

**Arnold Julier**, Gemeinderat: Es wird gefragt, wer bleiben darf und wer wegziehen muss. Eigentlich niemand. Es gibt für alle die Möglichkeit, dass diejenigen, die in den Wohnungen sind, dort bleiben können. Es gibt während der Bauphase eine Übergangsphase, wo das Alterszentrum den Bewohnern der Wohnungen einen Hotelleriebetrieb zur Verfügung stellt. Das heisst, sie können in die Hotellerie im Alterszentrum gehen. Die Wohnungen sind auf das dritte Quartal 2018 geplant, ob das dann so ist, weiss ich nicht, man weiss im Bauwesen nie genau, ob es dann so klappt. Die Thomi-Hopf-Stiftung macht auch 24 Wohnungen. Für alle, die jetzt dort wohnen, sollte nachher eine Wohnung zur Verfügung stehen. Zurzeit ist es so, dass die freiwerdenden Wohnungen nicht mehr langzeitvermietet werden, sondern nur noch auf kurze Zeit, damit während der Umbauphase nicht Leute drin sind, welchen man nicht kündigen kann. Darum werden jetzt nur kurzfristige Mietverträge abgeschlossen. Den heutigen Mietern, welche ein Interesse an den Wohnungen haben, steht eine zur Verfügung.

---

**Jérôme Mollat**, GLP/BDP-Fraktion: Ich habe eine kurze Anschlussfrage zum Plumpi. Gemeinderat Pfaff hat gesagt, dass die Verwaltung die Lärmbelästigungen ernst nimmt und dass sie Bussen aussprechen kann in eigener Kompetenz. Mich würde interessieren, wie oft dies vorgekommen ist in der letzten Zeit.

**Thomas Pfaff**, Gemeinderat: Der Polizeiausschuss wird nach Bedarf einberufen, das ist alle zwei Monate der Fall. Dort liegen in der Regel rund vier Fälle vor, davon rund ein bis zwei Fälle wegen Ruhestörung. Sie sehen, in welcher Grössenordnung der Polizeiausschuss sich mit dem Thema Ruhestörung auseinandersetzen muss.

**Simon Zimmermann**, SVP-Fraktion: Ich habe noch eine Anschlussfrage bezüglich des Wahlbüros. Bei der Umstellung vom brieflichen System zum System, wo man aussen unterschrieben hat, gab es eine Zunahme von gut 50%, meines Wissens. Ab diesem Zeitpunkt, nach meinem Wissensstand, ist dies etwa gleich geblieben.

**Nicole Nüssli**, Gemeinderätin: Ich möchte eine Gegenfrage stellen. Eine Zunahme von was? Von den ungültigen Stimmen? Aha ja. Das kann ich nicht beurteilen, ich habe die Abklärungen so gemacht, wie ich vorhin gesagt habe. Ich habe nichts von einer Zunahme oder einer Abnahme gehört, sondern dass das Verhältnis immer in etwa so war. Ich kläre dies gerne nochmals ab, ob dem so ist. Ich persönlich kann mir das sehr gut vorstellen, dass es eine Zunahme gab. Ich selber muss auch immer überlegen, ob ich unterschrieben habe oder nicht, weil wenn es zugeklebt ist, weiss ich schon nicht mehr, was ich gemacht habe. Als es aussen war, konnte ich immer nochmals schauen, ob ich wirklich unterschrieben habe. Ich bin so ehrlich.

**Simon Zimmermann**, SVP-Fraktion: Ich kann dir die Antwort geben. Es ist effektiv so, ich war damals im Büro, als die Umstellung stattgefunden hat vom alten schriftlichen zum neuen schriftlichen System. Wir hatten eine Zunahme, sogar eine Verdopplung. Diese ist jetzt stetig gleichgeblieben, das ist auch richtig. Es gab damals einen Sprung. Vielleicht ist die Gemeinde verpflichtet, dort etwas mehr Aufklärung zu bieten. Es ist eigentlich schade, man ist stetig dort oben, seit der Einführung. Meine persönliche Meinung ist, dass derjenige, der abstimmt, weiss wie es geht. Ich erwarte von jemandem, der abstimmt, dass er es richtig macht. Man kann es in beide Richtungen auslegen.

**Nicole Nüssli**, Gemeinderätin: Ich möchte es nicht verlängern, aber aus diesem Votum höre ich, dass es wichtig ist, dass wir die Information im AWB machen und auch auf der Homepage.

**Jacqueline Misslin**, GLP/BDP-Fraktion: Ich habe eine Anschlussfrage zum Alterskonzept. Ich weiss, dass dort Leute hineingegangen sind in die Wohnungen und Investitionen gemacht haben zwischen CHF 5000 und CHF 10'000, wenn sie die Nasszelle umgebaut haben. Das sind rund drei bis vier Jahre her, als die das gemacht haben. Hat man daran gedacht, dort einen Teil Entschädigung zu geben?

**Arnold Julier**, Gemeinderat: Diese Frage nach der Entschädigung ist schwierig. Soweit ich weiss, gibt es keine Entschädigungen. Bis jetzt wurde keine Entschädigung bezahlt, meines Wissens. Es wird selbstverständlich berücksichtigt beim Umbau. Es sind jetzt Badewannen drin und die Leute brauchen mehr Duschen. Ich kenne ein bis zwei Fälle, welche dies selber finanziert haben und Duschen reingemacht. Ob es eine kleine Entschädigung gegeben hat oder nicht, müsste ich abklären. In der Regel ist es so, dass sie das selber finanzieren müssen. Ich kann dir mal Auskunft geben, wenn du das möchtest oder wieder im Einwohnerrat informieren.

**Roland Naef**, parteilos: Ich habe eine Anschlussfrage zu den Hauptabteilungsleitern. Mir fällt auf, dass ständig Hauptabteilungsleiter sich irgendwie verziehen aus Allschwil. Ich stelle mir je länger je mehr die Frage, weshalb dies so ist. Sicher hat jeder einen Grund, weshalb er geht. Aber man müsste

sich vielleicht mal hinterfragen, ob es nicht noch andere Gründe gibt. Wenn man einen Personalchef einstellt und es gefällt ihm in Allschwil, dann wechselt er nicht als Gemeindeverwalter zur Gemeinde Oberwil. Mit der Grössenordnung in Allschwil macht es als Personalchef vermutlich mehr Spass. Das betrifft auch andere, ich hatte genug lange Personal in meinem Leben. Wenn es einem gefällt an der Arbeitsstelle, dann kann man ihn halten. In Allschwil ist das offensichtlich nicht der Fall. Mich würde interessieren, an was es liegt. Und wäre es nicht endlich an der Zeit, dass wir das leitende Personal nicht selber einstellen, sondern wie alle anderen grossen Gemeinden und Firmen, diese durch eine externe Firma aussuchen lassen? So würden wir vermutlich den Richtigen erhalten.

**Nicole Nüssli**, Gemeinderätin: Das ist eine vielschichtige Frage, respektive die Antwort ist vielschichtig. Bezogen auf die Kündigung von Herrn Schmassmann. Er hat ganz klar gesagt, dass es sein Wunsch ist, Gemeindeverwalter in Oberwil zu werden. Er hat dies als Sprung und als Chance empfunden, die Gemeinde Allschwil musste dies akzeptieren. Die grundsätzliche Frage bleibt bestehen, wir haben relativ viele Abgänge von Hauptabteilungsleitern. Herauszufinden, woran dies liegt, ist sehr schwierig. Am Schluss werden auch Austrittsgespräche geführt, man hört dort das eine und andere, ob man wirklich das hört, was Sache ist, das darf ich hier als Frage in den Raum stellen. Es ist ein richtiger und wichtiger Hinweis, wir haben dies im Blickwinkel. Das ist kein neues Thema für uns, wir schauen dies an, das versichere ich Ihnen.

Den Hauptabteilungsleiter Finanzen haben wir versucht extern anzustellen, die haben das auch nicht geschafft, wir haben niemanden gefunden bis jetzt. Das heisst, wir sind wieder auf der Suche und durften uns wieder entscheiden, ob wir es extern machen oder nicht. Wir haben uns entschieden, es wieder extern zu machen, dies vor allem wegen den Kosten. Es kommt in etwa gleich teuer, wenn wir es wieder in Auftrag geben, wie wenn wir abrechnen. Glücklicherweise bin ich mit dieser Lösung auch nicht geworden, das darf ich hier sagen.

**Simon Maurer**, SP-Fraktion: Ich habe eine kurze Anschlussfrage zu den Brunnen. Bei der Frage von Susan Vogt ging es vor allem um das Wasser im Trog. Mich interessiert, ob bei den Brunnen im Dorf, welche primär von Quellen gespeisen werden, die Wasserqualität auch regelmässig kontrolliert wird und wie untrinkbar ist das Wasser wirklich.

**Robert Vogt**, Gemeinderat: Bei den Quellen ist es so, dass es angeschrieben ist, weil es eben nicht regelmässig überprüft wird. Man kann es nicht als Trinkwasser qualifizieren. Ich habe selber auch schon davon getrunken, und ich bin immer noch da, so schlimm kann es also nicht sein.

**Andreas Bammatter**, Präsident: Die Fragestunde ist beendet, Wir haben fast eine Stunde erreicht, wir sind jetzt 45 Minuten dran. Erlauben Sie mir die kleine Anmerkung, es gibt noch das Instrument der kleinen Anfrage, wo man schriftlich eine Antwort erhält. Wir haben heute Abend auch gehört, dass einige Frage relativ lange und explizit von den Gemeinderäten beantwortet werden. So könnten wir hier entsprechend vorwärts kommen. Gibt es noch ein Infofenster des Gemeinderates? Gut, dann kommen wir zu Traktandum 5.

01.030

Einwohnerrat

#### **Traktandum 5**

Bericht des Gemeinderates vom 28.08.2013, betreffend  
Sondervorlage Einführung ICT an Kindergärten und Primarschulen Allschwil  
Geschäftsvertretung: GR Franziska Pausa, Geschäft 4147

---

**Franziska Pausa**, Gemeinderätin: Eine ganz leichte Panik hat mich fast erfasst, dass dieses Geschäft, welches für die Schulen sehr wichtig ist, nicht mehr drankommen könnte. Weil dieses Geschäft so wichtig ist, bitte ich Christian Engels, Schulleiter, zu mir nach vorne für spezielle Fragen. Es freut mich besonders, dass auch Carolin Müller von der Schulleitung hier ist. Man sieht, wie wichtig diese Sondervorlage für uns ist. Im Namen von der Schulleitung, der gesamten Primarschule und inklusive Kindergarten, bitte ich Sie dieser Sondervorlage zuzustimmen. Allschwil ist, wie Sie alle

---

wissen, die grösste Gemeinde im Kanton. Wir sind ein Wirtschaftsstandort mit modernen und bedeutenden Firmen. Wir haben zahlreiche KMU und gut ausgebildete Einwohner. Es gibt heute so gut wie keinen Arbeitsplatz, der ohne Computer funktioniert. In jeder Ausbildung, ob Schule, Lehre oder Weiterbildung werden heute selbstverständlich Computerkenntnisse vorausgesetzt. Auch aus dem Alltag lässt sich die Computertechnologie nicht mehr wegdenken. Denken Sie an die Bestellung von Tageskarten auf der Homepage von Allschwil. Ebenfalls steht in jedem Haushalt ein Computer, mit dem sich die Kleinsten bereits beschäftigen. Ob wir dies gut finden oder nicht, das Rad der Zeit lässt sich nicht mehr zurückdrehen, so auch nicht an unserer Schule. Wie Sie der Vorlage entnehmen können, hat Allschwil bis jetzt nur minimal bis gar nicht in ICT an den Schulen investiert. Um den Lehrplan 21 im Jahr 2015/2016 einzuführen und umzusetzen, ist es für uns dringend notwendig, diese Arbeiten bald auszuführen. Einerseits die technischen Installationen, andererseits, wie im Bericht beschrieben, muss ein ICT-Konzept her, ein Support-Konzept und die Lehrpersonen brauchen Weiterbildung. Dies alles braucht eine sorgfältige Planung. Wir wissen, dass dies eine grosse finanzielle Belastung ist. Wir werden es mir grösster Sorgfalt angehen, aber wir kommen nicht mehr darum herum. Ich bitte Sie im Namen der Schule, der Lehrer und der Schüler, dieser Vorlage zuzustimmen.

**Andreas Bammatter**, Präsident: Wenn das Eintreten nicht bestritten ist, dann kommen wir zur Detailberatung.

**Susan Vogt**, FDP-Fraktion: Unsere Fraktion hat erkannt, dass die Informatik an den Primarschulen in Allschwil unzureichend und veraltet sind. Die Schüler und die Lehrkräfte sind in gewissen Fächern auf Informatik angewiesen. Computerkenntnisse sind heute unverzichtbar. Es ist für uns unzumutbar, dass die Lehrkräfte mit ihren privaten Geräten an den Schulen arbeiten müssen. Die FDP-Fraktion stimmt den Anträgen zu, obwohl die Anschaffungs- und Betriebskosten sehr hoch sind. Wir bitten den Gemeinderat, den Daumen darauf zu halten, dass der Kredit unterschritten wird.

**Stephan Wolf**, CVP-Fraktion: Es gibt den Spruch, wer nicht mit der Zeit geht, muss mit der Zeit gehen. Das Rad der Zeit lässt sich in der Tat nicht zurückdrehen, der PC ist ein wichtiger Bestandteil geworden von unserem alltäglichen Leben. Ich habe letzte Woche in einer Wirtschaftszeitung gelesen, dass der Kanton von der Gemeinde Allschwil lernen kann. Dazu gehört, dass wir unsere Schulen richtig ausrüsten. Die CVP-Fraktion stimmt diesem Antrag ebenfalls zu.

**Daniela Werren Kienzler**, SP-Fraktion: Es ist nicht nur höchste Zeit, sondern es ist bald 12.05 Uhr für die Einführung von ICT an unserer Schule. Allschwil möchte ein moderner Ort sein. Die Realität hat uns eingeholt, sämtliche vergleichbare Gemeinden sind uns weit voraus. Dies ist ein wesentlicher Standortnachteil, nicht nur für die Schüler, sondern auch für die Lehrpersonen, welche mit den eigenen PC arbeiten müssen und das Recht auf einen modernen Arbeitsplatz haben. Die Ist-Situation ist unhaltbar. 21 Lehrpersonen teilen sich einen PC, meist unvernetzt, und sollten immer mehr gemäss Harnos in der Schule zusammen vorbereiten. Die Kindergärtnerinnen müssen Lehrmittelbestellungen per PC machen. Wie sollen sie das tun, wenn sie keinen PC haben? Das ist obligatorisch. Der jetzt angestrebte PC-Bestand ist das absolute Minimum und muss dringend eingeführt werden. Mit der geplanten Einführung auf nächstes Jahr haben wir die Chance, den Support sorgfältig aufzubauen und durch die Vorlaufzeit im 2015 einen optimalen Start zu garantieren. Wir unterstützen dies sehr.

**Jérôme Mollat**, GLP/BDP-Fraktion: Auch wir von der GLP/BDP-Fraktion begrüßen, dass die Informatik in der Primarschule Einzug erhält. Ich konnte mich selber davon überzeugen, dass der Einsatz der Sprach-CD auf Französisch, die verteilt wurde, ein äusserst effizientes Lehrmittel ist. Wir unterstützen die Anschaffung der Informatik-Mittel. Jetzt kommt ein kleines "aber". Wir sind sehr überrascht, dass wir MacBook Pro zu einem Stückpreis von hohen CHF 1200 anschaffen. Wir sind der Meinung, dass es eine Luxuslösung ist. Gerade für Schüler macht es keinen Unterschied, ob sie einen Hochleistungsrechner oder einen einfacheren Rechner haben, weil sie ohnehin nur einen kleinen Teil der Rechenleistung einsetzen und benötigen. Würden wir uns ein Gerät leisten, welches nur CHF 800 pro Stück kostet, dann könnten wir immerhin CHF 100'000 sparen bei der Anschaffung. Wir stellen darum den Antrag, dass wir anstelle der budgetierten CHF 499'000 nur CHF 400'000

einsetzen. Bei dieser Gelegenheit würde ich gerne die Stellungnahme vom Schulleiter hören, weshalb wir die sehr teuren Geräte brauchen und weshalb es nicht mit günstigeren geht.

**Christian Engels**, Schulleiter Kindergarten / Primarschule: Die CHF 1200, welche wir dort eingesetzt haben, sind die oberste Grenze. Momentan sind wir bei rund CHF 1000. Das hat immer sehr mit der Stückzahl zu tun, die man dann bestellt. Es ist ein vorsichtiger Betrag. Dass wir Mac wählen, hat damit zu tun, dass es oft im Kanton gebraucht wird, auf Sekundarstufe wird damit gearbeitet und man hat damit gute Erfahrungen gemacht. Es geht auch darum, dass wir einheitlich fahren. Wir mussten früh einen Grundsatzentscheid fällen. Wir mussten bereits im zweiten Jahr starten wegen dem Französisch-Lehrmittel. Es geht darum, dass wir diese Linie durchziehen können. Diese Geräte sind uns auch auf Rückfrage in anderen Gemeinden als sehr betriebssicher geschildert worden. Wir finden es wichtig, dass bei Geräten, welche vielen Nutzern dienen und häufig unterwegs sind, eine hohe Sicherheit da ist. Deshalb haben wir uns dafür entschieden, wir glauben, dass dies langfristig gedacht ein guter Entscheid ist. Wir sind bestrebt, dies möglichst tief zu halten. Mit einer grossen und koordinierten Bestellung sollte dies gut möglich sein.

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Ich hatte das Vergnügen an einem Wahlsonntag per Zufall Jean-Jacques Winter im Schulhaus über den Weg zu laufen. Er hat mir vor Augen geführt, in welchem Zustand diese Anlagen vorhanden bzw. nicht vorhanden sind. Die SVP-Fraktion stellt dieses Geschäft nicht in Frage, es ist klar, dass dies angeschafft werden muss. Wir fragen uns zwei Sachen. Beim Instandhaltungsaufwand pro Gerät pro Jahr rechnet man mit 5 Stunden. Die Gemeinde Allschwil hat es auf 2,5 Stunden herabgesetzt, erläutert dies aber nicht. Wir hätten gerne die Begründung, weshalb sie das gemacht hat. Wir haben auch über Mac und andere Produkte diskutiert. Schlussendlich haben wir gesagt, dass die Spezialisten und diejenigen, die damit arbeiten entscheiden müssen. Hat man daran gedacht, dass man beide Programmhersteller, Apple und Microsoft, auf diesen Geräten laufen lässt? Ich habe selber eines und ich arbeite sehr oft mit beiden Programmen. Das geht ohne Probleme, die funktionieren sehr gut nebeneinander. Man weiss auch, dass Windows auf keinem Gerät so schnell läuft wie auf einem Apple. Hat die Gemeinde daran gedacht, dass man beides darauf laufen lassen kann. Je nach Berufszweig, den man wählt, ist das entsprechende Programm vorhanden. Grafiker arbeiten eher mit Apple, im Baugewerbe und in grossen Firmen wird mit Microsoft gearbeitet. Hier sollten wir in die Zukunft schauen und beide Programme installieren.

**Christian Engels**, Schulleiter Kindergarten / Primarschule: Technisch kann ich nicht so gut Auskunft geben. Herr Nägelin, Leiter IT, er war in der Arbeitsgruppe dabei, könnte dies viel besser. Wir werden bemüht sein, dass es für die Primarstufe dient. Für die meisten Programme, welche für uns wichtig sind, die kantonale Vernetzung und den Austausch, werden wir ausgerüstet sein. Wenn wir dies bedenken, dann sind wir mit den CHF 1200 auf der sicheren Seite. Beim Support haben wir uns nach den kantonalen Landratsvorlage gerichtet. Wir sind der Meinung, dass sich vieles nicht eins zu eins nach Allschwil übertragen lässt. Im Konzept wird es so sein, dass wir eine erste Support-Schulung intern haben werden. Der Aufwand für dieses Support-Team wird als Nicht-Unterrichtszeit abgegolten, und fällt dort weniger ins Gewicht. Dadurch können wir Kosten runterholen. Der Kanton budgetiert es höher.

**Christoph Benz**, EVP/Grüne-Fraktion: Wir von der EVP/Grünen-Fraktion haben auch nichts gegen PC. Zuerst haben wir auch gedacht, oje, wie viele wollen sie. Dann haben wir gesehen, wie viel auf welcher Stufe eingesetzt werden soll. Wir haben gesehen, dass dies realistisch ist. Ich wiederhole nicht mehr, wie viel eigene Sachen herumstehen und in welchem Zustand sie sind. Zuerst haben wir gestutzt, dass MacBook Pro zum Einsatz kommt. Die Dinger sind aber stabiler als die billigen Mac aus Kunststoffhülle. Sie sind aus Aluminium, das Betriebssystem ist billiger. Es wird wahrscheinlich mehr Wartungskosten geben als das, was veranschlagt ist. Wir glauben nicht an die 2,5 Stunden. Mit Apple fährt man halt schon viel ruhiger über die Jahre, im Gegensatz zu Microsoft, was Unterhaltungselektronik ist. Wir sind dafür und wir bedanken uns für den Vorstoss.

**Bruno Gadola**, SP-Fraktion: Ich bin nicht so sicher, ob die Kostenaufstellung realistisch ist. Wenn ich schaue, was Basel einsetzt, dann sehe ich bei Anzahl Computer: Mindestens einen halben Klassensatz plus zwei pro Klasse. Der Bildungsrat Zürich schlägt für die Lehrerinnen und Lehrer vor, dass man jeder Lehrkraft einen Laptop gratis abgibt oder eine Pauschale für die Nutzung von Privat-Computers zu entrichten. Da sieht man, dass es eine deutliche Untergrenze ist in Allschwil. Ich



wundere mich auch, dass man Kosten voranschlägt, ohne dass ein pädagogisches Support- oder Weiterbildungskonzept vorliegt. Wie soll man wissen, welche Ausrüstung es braucht, ohne zu wissen, welche Ziele im pädagogischen Konzept stehen. Vielleicht gibt es auch diese Konzepte und ich weiss es nicht.

**Christian Engels**, Schulleiter Kindergarten / Primarschule: Auf 2015/2016, parallel zum Start von Harmos, wird ein Teil des Lehrplanes ICT, neue Medien sein. Auf diesen Sommer ist eine Stelle geschaffen worden im Kanton, welche sich grad selber konstituiert. Auf Sekundarschuleebene gibt es dies bereits, auf Primarschulebene konstituiert sie sich jetzt. Eine Aufgabe dieser Stelle ist es, dass sie ein pädagogisches Konzept, ein Medienkonzept, als Grundgerüst liefern wird, damit nicht alle 86 Gemeinden ihr eigenes Konzept aufbauen müssen. Da diese Stelle erst jetzt am entstehen ist, braucht sie noch Zeit, um dieses Konzept im Grundgerüst zu liefern. Es macht keinen Sinn, wenn wir jetzt viel Zeit investieren im Vorfeld, wenn uns der Kanton nachher eine andere Vorlage liefert. Wir wissen, dass es kommen wird, es wird ein Gebiet sein, welches sich über den gesamten Lehrplan legt. Wir warten auf dieses Grundgerüst des Kantons.

**Simon Zimmermann**, SVP-Fraktion: Ich sage jetzt etwas persönliches, wie ich das Ganze empfinde. Im Grossen und Ganzen ist es okay. Ich bin einverstanden damit, es braucht dies heute. Es ist heute ein Muss, damit gehe ich einig. Ich bin nicht der Meinung, dass wir zu Jüngern werden müssen wie es der Kanton gemacht hat, in Knüttelverträgen, sodass man so lange die Jünger-Geräte zu tun muss, weil es Knüppelverträge gibt. Ich warne davor, Verträge zu unterzeichnen, wo man Geräte über Jahrzehnte bei dieser Firma bestellen muss. Ich habe nach der Fraktionssitzung gefragt beim Kollegen, der bei der Gegenseite von Jünger ist, nämlich bei Microsoft. Er hat gesagt, bei Dell erhält man für ein paar hundert Franken weniger das genau gleiche. Man hat als Schule aber auch einen Support, wo permanent 24 Stunden die Leistung beim Leasing integriert ist. Es fragt sich, ob man dies nicht auch prüfen möchte. Wir sollten dies im Hinterkopf behalten, es haben nicht alle zuhause ein Jünger-Gerät, viele arbeiten mit Microsoft. Wenn Jünger-Geräte, dann bitte, wie es vorhin gesagt wurde, auch Microsoft darüber laufen lassen. Es bringt nichts, wenn das Kind zuhause etwas anderes macht als in der Schule, und am Schluss ist es ein Chaos. So sind wir nicht weiter mit der Lernbildung, wir sollten beides anbieten. Das andere ist die Prüfung bezüglich der Dell-Firma.

**Jean-Jacques Winter**, SP-Fraktion: Ich bin froh, nicht für eine Handvoll Lehrkräfte, sondern für 36 Hände voll Lehrkräfte, dass hier endlich etwas passiert. Hier drinnen sitzen fünf Personen, denen den Namen Rosenthaler oder Allan etwas sagt. Sie sasssen links und rechts von mir, vor elf Jahren. Wir wollten eine Vernetzung der Schulhäuser und Arbeitsplätze für Lehrkräfte. Da hiess es von gegenüber: Müssen die Lehrkräfte noch mehr spielen? Nach der Literatur der Sondervorlage des Gemeinderates und der Schulleitung bin ich froh, dass niemand sagt: Müssen die Lehrkräfte jetzt noch mehr arbeiten? Wir haben Arbeitsplätze im Schulhaus und können jetzt zusammen etwas machen. Gott sei Dank hat es niemand gesehen, dass die Lehrkräfte jetzt mehr arbeiten müssen. Das war ein Nebensatz.

Jemand auf der Gegenseite hat gesagt, dass die Zahlen hoch sind. Ich bin da anderer Meinung. Wir sind überall so weit runtergegangen wie möglich, damit es hier bei uns im Rat durchkommt. Wir haben eher Probleme auf die Jahre hinaus, dass es wirklich verhebt mit diesen tiefen Zahlen. Wir sind im tiefsten Level, der möglich ist, dies zu Jérôme, der meinte, dass die Zahlen hoch sind. Ich bin froh, dass der Gemeinderat diesen Schritt endlich gemacht hat. Über Jahre hinaus hat man dies verlauert, so würde ich es zu einem Kind sagen. Der Gemeinderat ist kein Kind mehr, er hat es einfach verpasst. Die Schule braucht das, meine Kolleginnen und Kollegen brauchen es. Ich bin an der Ehrenrunde, aber ich gönne es jeder Lehrkraft, welche im Team arbeiten möchte und will. Florian Spiegel hat gesagt, dass er das Bettenacker kennengelernt hat. Die Reglementscommission ist in wenigen Wochen einen ganzen Tag im Schulzimmer. Ich werde euch von Herzen gerne zeigen, wie es nicht mehr sein soll. Ich bin froh, wenn Sie alle zustimmen im Namen der gesamten Lehrerschaft.

**Bruno Gadola**, SP-Fraktion: Zuerst einen Lehrplan und dann die Ausrüstung, aber scheinbar kann man dies nicht mehr ändern, weil es dringend ist. Vielleicht könnte man prüfen, ob man für den Support nicht einen Profi anstellt, anstelle dass es die Lehrer selber machen. Vielleicht kommt dies günstiger, dies müsst ihr mal rechnen.

**Christian Engels**, Schulleiter Kindergarten / Primarschule: Supportlevel 1 ist ein fester Ausdruck. Man redet von Supportlevel 1, 2 und 3. Beim Supportlevel 1 geht es um die sehr einfachen Anfragen in einem Schulhausstandort, wenn die CD nicht mehr herauskommt etc. Einzelne interne Weiterbildungen werden wir über die Schule abdecken. Beim Supportlevel 2 geht es um die Mitarbeit bei der IT in Allschwil. Supportlevel 3 ist der Hersteller bzw. jemand aus dem Fachbereich. Das ist etwas, was Sie alle kennen in Ihren Betrieben, dass man so probiert vorzugehen. Wir richten uns auch nach dem Kanton, wir wissen, dass Harnos kommt. Wir wissen noch nicht genau, wie es aussehen wird. Wir wissen, dass es viel wird und wir möchten nach Möglichkeit einen Block, den wir rausnehmen können, mit einer Vorlaufzeit bereits jetzt beginnen, und nicht mit allem anderen gleichzeitig machen.

**Jérôme Mollat**, GLP/BDP-Fraktion: Lieber Jean-Jacques, ich glaube, das ist ein Missverständnis. Wir haben nicht die Anzahl bemängelt, sondern den Preis. Wir haben jetzt eine zufriedenstellende Antwort erhalten bezüglich der Preise. Wir verlassen uns darauf, dass tatsächlich für CHF 1000 eingekauft wird. Wir ziehen unseren Antrag zurück. Es wäre zu begrüssen, wenn in Zukunft die effektive Nutzung der Geräte erfasst wird, zumindest stichprobenweise. Wenn es in vier Jahren um die Ersatzanschaffungen geht, dann wissen wir, wie viele Geräte es tatsächlich braucht.

**Roland Naef**, parteilos: Ich finde die Anschaffung höchste Zeit. Ich habe zwei Bemerkungen. Alle weiterführenden Schulen haben Mac, also macht es Sinn, dass auch die Unterstufe das gleiche Gerät hat. Kompatibilität mit Microsoft ist sowieso kein Problem, ich arbeite seit Jahren auf beiden Systemen. Wenn ich die Kosten anschau für die Anschaffung der Geräte von CHF 499'600, dann frage ich mich, wie man es ausschreibt. Nach Submissionsreglement ist es das Einladungsverfahren. Man müsste mindestens sieben Offerten holen. Und wenn wir CHF 500 darüber wären, dann wäre es eine Ausschreibung nach Gatt WTO.

**Andreas Bammatter**, Präsident: Wir kommen zur abschnittswisen Beratung.

**Pascale Uccella-Klauser**, 2. Vizepräsidentin: Geschäft No. 4147. Sondervorlage Einführung ICT an Kindergärten und Primarschulen Allschwil.

1. Management Summary

2. Ausgangslage

3. Status Quo Gemeinde Allschwil

4. Kostenaufstellung

5. Antrag

**Andreas Bammatter**, Präsident: Wir stimmen ab. Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

1. Für die Einführung von ICT an Kindergärten und Primarschulen Allschwil wird ein Investitionskredit im Betrage von CHF 499'600 für die Jahre 2014 bis 2016 zu Lasten des Investitionskontos 210-506.XX bewilligt.

**://:**

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

2. Die wiederkehrenden Kosten gemäss Tabelle 5 im Zusammenhang mit der Einführung von ICT an Kindergärten und Primarschulen Allschwil ab dem Jahre 2014 werden genehmigt.

**://:**

Dieser Antrag wird bei 1 Enthaltung angenommen.

---

**://:**

Das Geschäft wird als Ganzes abgeschrieben.

**Christian Engels**, Schulleiter Kindergarten / Primarschule: Ich möchte mich im Namen aller Lehrpersonen bei Ihnen sehr herzlich bedanken. Wir haben morgen Gesamtkonvent und ich freue mich sehr, wenn ich dies der Lehrerschaft so weitergeben darf.

**Andreas Bammatter**, Präsident: Es ist jetzt 20.55 Uhr, wie schliessen die Sitzung, es war meine erste Sitzung. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit, wir sehen uns wieder in einem Monat.

**ENDE**